



**Mutig. Sozial. Ökologisch.
Gerecht.**

**Ordentlicher Landesparteitag der SPD Hessen
02. November 2019, Baunatal**

Beschlüsse und Wahlergebnisse

I. Beschlossene Anträge

Initiativanträge

IA1: Hessen – Land der fairen Entlohnung

Antragsteller: Landesvorstand

Hessen braucht einen Mindestlohn von 13 Euro. Der Landesparteitag spricht sich für die alsbaldige Einführung eines Hessischen Mindestlohnes aus, der tariflich geregelt werden soll. Dieser Mindestlohn soll auf 13 Euro je Zeitstunde festgeschrieben werden.

Der tarifliche Mindestlohn soll für alle Beschäftigten gelten, die in einem Beschäftigungsverhältnis des Landes stehen. Er soll gleichzeitig für die Beschäftigten öffentlicher Unternehmen und deren Tochterunternehmen sowie wie für Beschäftigte in sonstigen Einrichtungen gelten, in denen das Land Hessen Einflussmöglichkeiten hat.

Gleichzeitig soll geprüft werden, ob dieser tarifliche Mindestlohn auch Anwendung auf die Beschäftigten von Zuwendungsempfängern finden soll und kann, die Zuwendungen im Sinne des § 23 der Landeshaushaltsordnung oder ähnliche Leistungen erhalten.

Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, die Umsetzung eines solchen tariflich geregelten Hessischen Mindestlohnes zu prüfen und die Schwarz/Grüne Landesregierung durch eine entsprechende parlamentarische Initiative dazu aufzufordern, mit den zuständigen Gewerkschaften eine Mindestentgeltgrenze von 13 Euro im Zuge der nächstmöglichen Tarifverhandlungen zu vereinbaren.

Öffentliche Aufträge sollen nur noch an Unternehmen vergeben werden, deren Beschäftigte einen Lohn erhalten, der mindestens der niedrigsten Entgeltgruppe des TV-H entspricht. Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, auch diesbezüglich initiativ zu werden. Ziel muss auch hier sein, perspektivisch im Bereich der öffentlichen Vergabe ein Mindestentgelt von 13 Euro zu erreichen.

IA2a: Gründung einer Landesstiftung für Demokratie, Aufklärung und politische Bildung zur Erinnerung an Halit Yozgat, Enver Simsek und Walter Lübcke

Antragsteller: Landesvorstand

Wir wollen eine Landesstiftung für Demokratie, Aufklärung und politische Bildung zur Erinnerung an Halit Yozgat, Enver Simsek und Walter Lübcke, finanziert durch das Land Hessen schaffen. Zweck einer Landesstiftung für Demokratie, Aufklärung und politische Bildung sollte primär sein, das Gedenken an die Opfer rechtsextremer Gewalt zu wahren, politische Bildung zu organisieren und praktische Hilfe für Opfer von rechter Gewalt und ihre Familien zu gewährleisten. Eine Stiftung könnte diese Bündelung an Kompetenzen institutionalisieren. Wir wollen eine Beteiligung der genannten Expertinnen und Experten und der zivilgesellschaftlichen Akteure und Institutionen. Ferner ist das Ziel, weitere Institutionen im Bereich Rechtsextremismus als Partner für gute Projekte einzubinden oder im Rahmen von Think Tanks spezifische Fragen zu diskutieren und Lösungsvorschläge zu erarbeiten, um die Kompetenzen der Stiftung langfristig weiter auszubauen.

IA2b: Demokratie stärken - Rechtsextremen Tendenzen entschieden entgegentreten

Antragsteller: Landesvorstand

- Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass Initiativen und Programme gegen Rechtsextremismus nachhaltig finanziert werden. Engagement, Aufklärung und Sensibilisierung als Teil einer umfassenden Prävention dürfen nicht am Geld scheitern. Wir wollen verstärkt Mittel aus Programmen wie „Demokratie leben“ des Bundesfamilienministeriums auch in die Region holen.
- Dazu gehört es auch den Opferschutz entsprechend zu reformieren und auszuweiten. Die Reform des Sozialen Entschädigungsrechtes durch die Bundesregierung sehen wir als einen notwendigen Schritt in die richtige Richtung.
- Viele Ressentiments werden auch in der Mitte der Gesellschaft transportiert. Es ist wichtig, dass möglichst viele Menschen hier nicht einfach wegschauen, sondern ihre Stimme erheben und Widerspruch äußern. Dies wollen wir auf lokaler Ebene fördern. Wir wollen die politische Bildung in der Jugendarbeit und Erwachsenenbildung weiter ausbauen u.a. durch die Stärkung des Bereiches ‚Politik und Gesellschaft‘ bei den Volkshochschulen, die Stärkung der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung und die Unterstützung von Betriebs- und Personalräte bei der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.
- Wir fordern eine antirassistische Kampagne der hessischen Landesregierung in Schulen und mit Öffentlichkeitsarbeit.

- Wir unterstützen die stärkere Verankerung von Antirassismus und Antifaschismus an unseren Schulen. Dies gilt nicht nur für die Lehrpläne, sondern ebenso für den täglichen Umgang im schulischen Alltag. Projekte wie „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“, wo sich Schülerinnen und Schüler aktiv in ihrem Umfeld und langfristig gegen Rassismus und Diskriminierung und für gleiche Rechte und Chancen aller Menschen einsetzen, müssen ausgebaut werden.
- Wir fordern bessere finanzielle Ausstattung des Bereiches Rechtsextremismus bei der hessischen Polizei und dem Staatschutz.
- Rechtsextremismus und seine Unterstützung ist nicht gemeinnützig, sondern gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Deshalb ist konsequent die Anerkennung der Gemeinnützigkeit für Organisationen, die von Verfassungsschutz beobachtet werden oder gerichtlich festgestellt als rechtsextrem qualifiziert werden können und die damit verbundene steuerliche Begünstigung zu entziehen.
- Wir fordern eine stärkere Förderung von Aussteiger*innenprogramme bzw. die Aufrechterhaltung bestehender Förderungen (z. B. EXIT, dessen Finanzierung aktuell gefährdet ist durch neue Förderregeln).
- Wir fordern die vermehrte Einstellung von Beamt*innen mit Migrationshintergrund bei der Polizei sowie interkulturelle Kompetenzen als Einstellungskriterium und gezielte Sensibilisierungsprogramme für Polizist*innen.
- Wir fordern eine unabhängige Meldestelle für diskriminierende und rassistische Vorfälle bei der Polizei (zur Vermeidung des Falles „Polizist*innen ermitteln gegen Polizist*innen“).
- Der Verfassungsschutz auf Bundes- und Landesebene ist zu reformieren. Insbesondere ist die rechtsstaatliche Kontrolle beim Einsatz von V-Leuten zu prüfen und sicherzustellen. Dabei werden wir die Erfahrungen anderer Bundesländer (bspw. der Richtervorbehalt in Niedersachsen) mit einbeziehen Die Ergebnisse sollen evaluiert und in zwei Jahren beraten werden.
- Wir wollen zudem selbst aktiv sein. Für uns Sozialdemokraten ist es selbstverständlich unsere Stimme gegen rechts zu erheben. Viele unserer Mitglieder sind auch in kommunalen Parlamenten mit zunehmend rechten Tendenzen konfrontiert oder stellen sich im Internet gegen Hasskommentare. Wir wissen, dass wir uns nur gemeinsam diese Herausforderung stellen können. Daher wollen wir in der SPD-Bildungsarbeit Kurse und Angebote schaffen, die unsere Mitglieder stark machen, um rechtspopulistischen Sprüchen am Arbeitsplatz und Verein, oder im Netz entgegenzutreten. Über solche Kurse hinaus wollen wir auf Bezirksebene eine Initiative „Sozialdemokratie gegen rechts“ installieren, die sich konkret mit den Entwicklungen in Nordhessen befasst, Genossinnen und Genossen bei Aktivitäten unterstützt und dabei engen Kontakt mit allen Akteuren, die sich in diesem Bereich engagieren hält. Wir müssen gemeinsam allen rechten Entwicklungen entschlossen entgegentreten. Wir

wollen unsere Mitglieder und die Bevölkerung zur Mitarbeit in antifaschistischen Bündnissen ermutigen und unterstützen.

IA3: Ohne Energiewende keinen Klimaschutz – Der Jobmotor Erneuerbare Energie muss wieder zum Laufen gebracht werden

Antragsteller: Landesvorstand

Die Themen Klimaschutz und Energiewende sind für die hessische SPD bereits lange zentrale Zukunftsfragen. Unter der Überschrift öko-sozialer Umbau haben wir bereits in den 80er und 90er Jahren die Themen Arbeit und Umwelt als untrennbare Einheit verstanden. Darauf konnte vor 13 Jahren Hermann Scheer aufbauen, mit dem wir gemeinsam Konzepte und Ideen für eine Energiewende hin zu 100 Prozent Erneuerbaren Energien vorgelegt, die weit über die Kreise der Sozialdemokratie hinaus auf Anerkennung und Zustimmung und auf massiven Widerstand auf konservativer und liberaler Seite trafen.

Daran gilt es heute anzuknüpfen. Damals wie heute sieht die hessische Sozialdemokratie in einer konsequenten und sektorübergreifenden Energiewende in Strom- und Wärmeversorgung, wie auch im Verkehr große wirtschaftliche, aber auch arbeitsmarkt- und sozialpolitische Chancen für unser Land. Im Bereich der Erneuerbaren Energien gibt es in Deutschland augenblicklich rund 320.000 Arbeitsplätze – und es könnten viel mehr sein, wenn der Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigt wird.

Die Beschleunigung des dezentralen Ausbaus der Erneuerbaren Energien und ihrer Nutzung im Stromsektor, im Wärmesektor und im Verkehrssektor ist der einfachste, kostengünstigste und effizienteste Weg zur Erfüllung der im Klimavertrag von Paris verbindlich vereinbarten Ziele für Deutschland. Mit den richtigen Rahmenbedingungen stärkt der Ausbau der Erneuerbaren Energien den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Erneuerbaren Energien stützen als Jobmotor den Arbeitsmarkt und machen Deutschland unabhängiger von Energieimporten aus problematischen Weltregionen. Eine dezentrale Energieerzeugung kann Wertschöpfung und Arbeitsplätze auch im ländlichen Raum entstehen lassen und z.B. mit überzeugenden Mieterstrommodellen untere Einkommensgruppen bei den Energiekosten entlasten. Für eine konsequente und nachhaltige Energiewende sind landes-, bundes- und europapolitisch Hemmnisse zu beseitigen und Konzepte weiterzuentwickeln. Das Klimaschutzgesetz und das Maßnahmenpaket der Bundesregierung zielen in die richtige Richtung. Das Klimaschutzgesetz schreibt die Klimaziele erstmals gesetzlich fest. Und ihre Einhaltung wird jährlich überprüft: Künftig soll in Abstimmung mit einem externen Expertenrat jährlich bewertet werden, ob die einzelnen Sektoren auf dem richtigen Weg sind. Wenn nicht, muss in dem jeweiligen Sektor mit einem Sofortprogramm nachgesteuert werden. Darüber hinaus schreibt das Gesetz erstmals das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050 für Deutschland gesetzlich fest. Das ist ein klares Signal an alle Branchen, sich rechtzeitig auf eine Wirtschaftsweise ohne fossile Energien vorzubereiten.

Allerdings muss im weiteren Gesetzgebungsverfahren nachgeschärft:

1. Für das Ziel der Koalition von SPD, CDU und CSU, bis 2030 bundesweit 65 Prozent erneuerbare Energien am Strommix zu erreichen, brauchen wir klare Ausbaupfade insbesondere für Wind und Solar. Es ist gut, dass Ausbauehemmnisse wie der sogenannte

„Solardeckel“ abgeschafft werden. Im Bereich der Windkraft an Land werden wird mit den vorgesehenen Ausbaupfaden das 2030-Ziel nicht erreichen. Die durch die Ausschreibepaxis nahezu verhinderte Möglichkeit von Energiegenossenschaften und kleinen Stadtwerken sich mit eigenen Windkraftprojekten zu bewerben, müssen beseitigt werden. Ebenso muss das Repowering (Ersatz älterer und kleiner Windkraftanlagen durch große, Leistungsfähigere Anlagen) ermöglicht werden.

2. Die jüngste Entscheidung der Europäischen Gerichtshofs, das nochmals klargestellt hat, dass das EEG nicht beihilferelevant ist, muss dafür genutzt werden, um Hemmnisse abzubauen. So wurden in den letzten Jahren politisch gewollte Erleichterungen beispielsweise beim Thema Förderung von Mieterstrommodellen mit dem Verweis auf das Beihilferecht verhindert.

3. Die europäische Richtlinie RED II, die insbesondere die Eigenstromversorgung im unteren- und mittleren Segment stärkt, muss zeitnah und verbraucherfreundlich vom Bundesgesetzgeber in nationales Recht umgesetzt werden.

4. Wir brauchen endlich einen gemeinsamen Netzentwicklungsplan für Gas und Strom. Er ist die Voraussetzung dafür, dass die Sektorenkopplung (Power-to-X) verstärkt und ein überdimensionierter Ausbau des Übertragungsnetzes vermieden werden kann.

5. Wir brauchen eine nationale Wasserstoff-Strategie, die diesen Namen verdient. Wasserstoff als Energieträger kommt in der aktuellen Debatte um die Strom-Wärme- und Mobilitätsfragen der Zukunft eine zu geringe Aufmerksamkeit zu.

6. Die hessische SPD weist auf die Tatsache hin, dass ein baldiges Abschalten der Braunkohlekraftwerke, das auch aufgrund der hohen Schadstoffemissionen, insbesondere von Quecksilber, Cadmium, Arsen, Blei und Zink überfällig ist, die Bundesrepublik der Erreichung der im Klimavertrag von Paris verbindlich vereinbarten Ziele schneller nahebringt, als die im besten Falle eher langfristig wirkenden Effekte eines CO₂-Preises.

7. Die Energiewende findet vor allem in den regionalen und kommunalen Verteilnetzen statt. Wir setzen uns dafür ein, dass Verteilnetzbetreiber bei der Ertüchtigung der Verteilnetze unterstützt werden. Dabei geht es auch um den regionalisierten Handel mit Energie und Flexibilitäten. Hierfür müssen vom Bundesgesetzgeber auch geeignete regulatorische Rahmenbedingungen geschaffen werden.

8. Der Ausstoß einer Tonne Kohlenstoffdioxid über der natürlichen Aufnahmefähigkeit verursacht dem Umweltbundesamt zufolge Schäden in der Natur von 180 Euro. Dennoch kann ein Preis für CO₂ nur einer von mehreren Bausteinen in einem Klimaschutzgesetz sein. Er ist nicht die alleinige Lösung für alle klima- und energiepolitischen Fragen. Eine CO₂-Bepreisung ersetzt weder die Sektorziele insbesondere für den Wärme- und Verkehrsbereich, noch macht er die Förderung Erneuerbarer Energien mithilfe des EEGs überflüssig. Ob Steuer oder Abgabe, die aus einer CO₂-Bepreisung entstehenden Belastungen müssen langfristig berechenbar sein, damit daraus folgende Anschaffungen kalkulierbar bleiben.

Wer Klimaschutz ausschließlich über den Preis von CO₂ erreichen will, sorgt dafür, dass die Belastungen für Menschen mit wenig Geld in Relation zu ihren Einkommen deutlich höher sind als bei Menschen mit hohem Einkommen. Das ist in einer sozial gerechten Gesellschaft nicht akzeptabel. Mobilität wie auch Wohnen müssen bezahlbar bleiben. Daher ist es richtig, wie im

Klimaschutzprogramm des Bundes vorgesehen, Milliarden zu investieren. Alle Bürgerinnen und Bürger erhalten einen angemessenen finanziellen Ausgleich.

Die schwarzgrüne hessische Landesregierung behindert die Energiewende

Die seit 2014 von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen gestellte hessische Landesregierung hat bereits in der vergangenen Wahlperiode 2014 bis 2019 ihre Ausbauziele für Erneuerbare Energien nicht erreicht. Und seither ist es nicht besser geworden. In diesem Jahr (2019) ist in ganz Hessen erst eine Windkraftanlage errichtet worden. Dass ausgerechnet die grüne Darmstädter Regierungspräsidentin einen Regionalplanentwurf vorgelegt hat, der mit 1,4% Windvorrangfläche ausweist und damit klar das im Landesentwicklungsplan festgeschriebenen Ziel von 2 % in jedem Regierungsbezirk und der zuständige grüne Energieminister Al-Wazir dies auch noch unterstützt, ist bezeichnend für das Doppelspiel der Grünen. Auch beim Ausbau von Solarstrom- und Solarwärmeanlagen sieht es in Hessen düster aus.

Auch bei der Wasserkraft, die immerhin einen Beitrag von 5% zur Deckung des Strombedarfs in Hessen beitragen könnte, steht die schwarzgrüne Landesregierung auf der Bremse und behindert die noch bestehenden Wasserkraftwerke mit überzogenen Auflagen. Damit kann Wasserkraftnutzung sogar einen Beitrag zum Naturschutz leisten und naturverträglich ausgebaut werden.

Die HessenSPD setzt sich seit langem dafür ein, dass Hessen Vorreiter bei den Erneuerbaren Energien wird. Viele hessische und in Hessen produzierende Unternehmen erstellen Anlagen oder Bauteile für Anlagen aus dem Bereich der Erneuerbaren Energien. In Hessen hängen schon jetzt über 17.000 Arbeitsplätze an Betrieb, Herstellung und Installation von Anlagen aus dem Bereich der Erneuerbaren Energien.

Hessen muss endlich aus dem Bremserhäuschen auf die Lokomotive der Energiewende umsteigen. Dafür müssen umgehend folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1. Bei der Vergabe von landeseigenen Flächen insbesondere für Windkraft, darf nicht der maximale Ertrag an erster Stelle stehen, sondern muss der lokalen Wertschöpfung, also den lokalen Akteuren, wie zum Beispiel örtlichen kommunalen oder mittelständischen Unternehmen, oder örtlichen Energiegenossenschaften ein deutlich größeres Gewicht bei Flächenvergabe eingeräumt werden. Dies ist auch akzeptanzsteigernd.
2. Bei der Fortschreibung der Regionalpläne ist bei der Ausweisung von Vorrangflächen für Erneuerbare Energien darauf zu achten, dass ausreichend Fläche zur Erfüllung des Ziels bis 2050 100 Prozent erneuerbare Energien erreicht werden können
3. Wir erkennen das Potential der kleinen Wasserkraft und wollen auch diese Erneuerbare Energie nutzen. Hier gibt es in Hessen noch Potentiale, die trotz EU-Wasserrahmenrichtlinie gehoben werden können, u.a. durch eine Novelle des Mindestwassererlasses, mit dem auch die klein- und mittelständischen Wasserkraftbetreiber mit ihrem Beitrag für die Energiewende überleben können, und durch die Öffnung der vollen Gewässer-Fördertöpfe für Wasserkraftbetreiber für natur- und energiewendeverträgliche Maßnahmen.
4. Auflegung eines Landesprogrammes Solares Hessen, um den Ausbau der Solarenergie zusammen mit der Bürgern, Unternehmen, Stadtwerken und Kommunen voranzutreiben.

5. Kommunen und kommunale Unternehmen können eine wichtige Rolle in der Energiewende spielen. Ihre Möglichkeiten dazu dürfen nicht eingeschränkt, sondern müssen im Gegenteil erweitert werden.

6. Wir brauchen eine Erneuerbare Industriestrategie für Hessen. Die industrielle Produktion von Anlagen zur Umwandlung von Erneuerbaren Energien in Strom oder Wärme und zu deren Speicherung muss in Hessen gestärkt und ausgebaut werden. Wir wollen, dass der Jobmotor der Erneuerbaren Energien („JobmotorEE“) auch und gerade in Hessen brummt – mit guter Arbeit und guten Löhnen.

7. Die Energie- und Mobilitätswende sind zwei Seiten einer Medaille. Dabei spielt Hessen nicht nur eine wichtige Rolle als Transitland im Herzen von Deutschland und Europa, sondern steht auch als wichtiger Produktionsstandort der Automobilwirtschaft und ihrer Zulieferer vor großen Herausforderungen. Hier fällt auf, dass die schwarz-grüne Landesregierung zu wenig

Engagement und zu wenig Unterstützung bei der Transformation einer der Schlüsselindustrien zu wenig tut. Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, im Landtag eine Enquetekommission auf den Weg zu bringen, die sich umfassend und grundsätzlich mit den Chancen und Herausforderungen der Verkehrswende auseinandersetzt.

IA4: Hessen braucht eine eigene Plastikrecycling- und Vermeidungsstrategie

Antragsteller: Landesvorstand

Hessen braucht eine eigene Plastikvermeidungsstrategie

Ressourcenschonung, Plastik- und Abfallvermeidung sowie nachhaltiges Wirtschaften sind neben den Klima- und Energiefragen die zweite große Herausforderung für unserer Zeit. Gerade weil Hessen ein Bundesland mit einer starken chemischen Industrie ist, wollen wir gemeinsam mit den Akteuren aus diesem Bereich nachhaltige Alternativen zu Plastik entwickeln. Dafür braucht es eine ganzheitliche Plastikvermeidungsstrategie.

Nach Angaben des WWF hat sich seit 1964 die Produktion von Plastik verzwanzigfacht. 2017 wurden 348 Millionen Tonnen Plastik pro Jahr hergestellt. Und es wird damit gerechnet, dass sich die Menge produzierten Plastiks in den nächsten 20 Jahren noch verdoppeln wird. Jeder Deutsche verbraucht im Jahr 37 Kilogramm Plastik. Zum Vergleich: Der Durchschnittsverbrauch in der EU liegt bei 24 Kilo. Mehr als ein Drittel der Plastikproduktion wird für Verpackungen verwendet. Problematisch ist das umweltverschmutzende Plastik deshalb, weil es sich extrem langsam, mitunter überhaupt nicht zersetzt. Genaue Zahlen über die Abbaueiten von Kunststoffen gibt es nicht. Die Schätzung des globalen Eintrags von Plastikmüll in die Meere geht von 4,8–12,7 Millionen Tonnen pro Jahr aus.

Über den richtigen 5-Punkte-Plan von Bundesumweltministerin Svenja Schulze hinaus, müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden, um Plastik zu reduzieren:

1. Mit dem Handel soll eine freiwillige Selbstverpflichtung dazu führen, binnen zwei Jahren auf überflüssige Verpackungen von Obst und Gemüse zu verzichten, andernfalls sollte es ein entsprechendes gesetzliches Verbot geben.

2. Darüber hinaus sollen Alternativen zur Plastiknutzung gestärkt werden, etwa durch eine Initiative zur Nutzung von Leitungswasser als Trinkwasser, die wir zusammen mit den hessischen Stadtwerken entwickeln wollen. Die Initiative "Blue Community", der bereits einige deutsche und mit Marburg auch eine hessische Stadt angehören, liefert dafür wichtige Anhaltspunkte und beinhaltet gleichzeitig den Schutz des Zugangs zu Wasser als Menschenrecht.
3. Wir wollen die Entwicklung von umweltfreundlichen Alternativen zu Plastikverpackungen wie z.B. Zellulose fördern und die Verwendung von Mehrweg anreizen, aber insbesondere muss das Recycling von Kunststoffen forciert werden.
4. Die öffentliche Hand muss bei der Beschaffung mit gutem Beispiel vorangehen und verstärkt Produkte aus Rezyklaten anschaffen.
5. Auf europäischer Ebene ist die sogenannte Ökodesign-Richtlinie zu ändern, damit Produkte künftig so gebaut werden müssen, dass man sie leicht auseinanderbauen und reparieren oder recyceln kann.
6. Das deutsche Pfandsystem ist zu überarbeiten und verbraucherfreundlicher zu gestalten. Weitere Ausnahmen aus der Pfandpflicht sind abzuschaffen. Eine Lenkungsabgabe auf unökologische Einweg-Getränkeverpackungen und eine klare Kennzeichnung von Einweg und Mehrweg stellen weitere notwendige Schritte dar. Die Anzahl der Einwegflaschen ist in den letzten Jahren wieder deutlich gestiegen. Der Anteil von Mehrwegflaschen bei Getränken geht weiter zurück. Mit nur noch 42,2 Prozent hat er im Jahr 2017 einen neuen Tiefstand erreicht.
7. Verbot von Mini- und Microplastik-Zusätzen z.B. in Kosmetika: Rund drei Viertel des Plastiks, das in Deutschland in die Umwelt gelangt (330.000 von 446.000 Tonnen), sind inzwischen Mikroplastik. Die kleinen Partikel verbreiten sich rasch in der Umwelt und sind längst in der Nahrungskette angekommen.
8. Auf internationaler Ebene muss sich Deutschland weiter um die Verankerung der Themen Meeresmüll und Ressourceneffizienz stark machen und den Export deutscher Technologien gegen die Vermüllung der Meere und für Recycling von Kunststoffen unterstützen.
9. Auch die hessische Landesregierung muss eine eigne Plastikvermeidungsstrategie entwickeln. Hierbei handelt es sich um eine echte Querschnittsaufgabe, vom Verkehrsbereich (Abrieb von Reifen), über Sport (Granulat Kunstrasenplätze), Bildung (Nachhaltigkeitsschwerpunkt) bis hin zu Wissenschaft und Forschung (Alternativen entwickeln) etc.).

IA5: Think global, act local - Klimaschutzbeauftragte für klimaneutrale Kommunen!

Antragssteller: Jusos Hessen

Die SPD Hessen fordert die Einsetzung von Klimaschutzbeauftragten in allen Landkreisen und kreisfreien Städten in Hessen sowie allen Kommunen ab 30.000 Einwohner*innen. Die Dienststellenleitung hat den*die Klimaschutzbeauftragte in der Durchführung seiner*ihrer Aufgaben zu unterstützen. Der*die Klimaschutzbeauftragte ist gegenüber der Dienststellenleitung vortragsberechtigt und vortragspflichtig. Sie sind für alle klimaschutzrelevanten Fragen in der Verwaltung zu beteiligen und anzuhören.

Ziel ist es, dass Klimaschutzbeauftragte gemeinsam mit den kommunalen Verwaltungen Klimaschutzpläne für ihre Kommune erstellen und deren Umsetzung begleiten. In diesen Klimaschutzplänen ist insbesondere darauf zu achten, dass alle Maßnahmen sozial verträglich gestaltet sind und Gendermainstreaming berücksichtigen. Klimaschutz darf nicht auf Kosten derer gehen, die wenig haben und wenig verbrauchen!

Im Zentrum soll im ersten Schritt die Überprüfung der kommunalen Immobilien (insbesondere Verwaltungsgebäude und Schulen) stehen. Diese sollen auf ihre Klimaneutralität hin überprüft werden. Insofern die Gebäude noch nicht klimaneutral sind, wirkt der*die Klimaschutzbeauftragte auf entsprechende Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität hin.

Auf Landes- und Bundesebene sind Austauschmöglichkeiten zu schaffen, damit sich Klimaschutzbeauftragte regelmäßig untereinander austauschen und voneinander lernen können.

Die entstehenden Kosten sind durch das Land Hessen zu tragen. Eine finanzielle Mehrbelastung der betroffenen Kommunen darf nicht entstehen.

Antragsbereich B: Bildung

B1: Hessen SPD beschließt Hofgeismarer Erklärung zur politischen Bildung

Antragsteller: UB Main-Kinzig (Hessen-Süd)

Der Landesparteitag begrüßt die im Oktober 2018 in Hofgeismar entwickelte „Hofgeismarer Erklärung zur politischen Bildung“ und übernimmt die zwölf folgenden Kernforderungen in ihre Beschlusslage:

1. Politische Bildung muss ab der frühkindlichen Bildung durch demokratische Partizipation der Kinder beginnen. Von der Primarstufe, über die Sekundarstufen, bis hin zur beruflichen Bildung müssen die Fächer der Politischen Bildung durchgehend von fachlich qualifizierten Lehrkräften unterrichtet werden.

2. Politische Bildung ist mehr als ein Unterrichtsfach. Sie ist sowohl fachspezifisches, fächerübergreifendes und projektorientiertes Lernen, aber auch Unterrichtsprinzip und Aufgabe demokratischer Schulkultur und -entwicklung. Zur Umsetzung dieser Aufgaben müssen curriculare Freiräume und deutlich mehr zeitliche und personelle Ressourcen bereitgestellt werden.

3. Um Politische Bildung in der Grundschule strukturell besser zu verankern, bedarf es einer Stärkung des Sachunterrichts als den genuinen Ort der Politischen Bildung auf allen Ebenen (curricular, universitäre Ausbildung, Fort- und Weiterbildung).

4. Der häufig praktizierte fachfremde Unterricht kann in der Politischen Bildung und im Sachunterricht ebenso wenig akzeptiert werden wie in anderen Fächern. Es müssen dringend qualifizierte Lehrkräfte in allen Schulformen eingestellt werden.

5. Politische Bildung muss in allen Schulformen gestärkt werden. Für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer (d.h. Politik, Wirtschaft, Recht, Gesellschaft/Sozialkunde/Soziologie, Geschichte, Geographie) müssen insgesamt deutlich mehr Unterrichtsstunden, in der Sekundarstufe I sechs Stunden/Woche in jedem Schuljahr zur Verfügung stehen.

6. Die Aufgaben Politischer Bildung können nicht mit einem Lehrdeputat von 24 bis 28 Stunden/Woche realisiert werden. Eine deutliche Stundenreduzierung ist unabdingbar.

7. Für Lehrkräfte in der Politischen Bildung und dem Sachunterricht besteht ein besonderer Bedarf kontinuierlicher Fort- und Weiterbildung. Dafür müssen die Angebote deutlich ausgeweitet und für Lehrkräfte verbindlich werden. Dies gilt insbesondere für den hohen, nicht akzeptablen Anteil von Lehrkräften, die Politische Bildung fachfremd unterrichten. Entsprechende personelle, räumliche, zeitliche und finanzielle Ressourcen müssen dringend aufgestockt werden.

8. Wir fordern Kultusministerien dazu auf, Lehrkräfte, die Universitäten und Studienseminare mit einem Abschluss der Fächer Sachunterricht, Politik, Sozialkunde,

Gesellschaftswissenschaften, Geschichte und Geographie verlassen, genauso vorrangig in den Schulen einzustellen, wie dies in den letzten Jahren für andere Fächer z.B. im MINT-Bereich galt.

9. Die Studienzeiten für die Lehramtsstudiengänge der Grund-, Haupt- und Realschule sind in allen Bundesländern auf das Niveau von Masterstudiengängen für das Lehramt an Gymnasien (10 Semester) anzugleichen.

10. Entsprechend ist eine Gleichstellung der Gehälter aller Lehrämter dringend geboten. Es ist in keiner Weise zu rechtfertigen, dass die Anforderungen und Qualifikationen im Primarbereich oder an Haupt-, Real-, Gesamt-, Förder- und Berufsschulen weniger anspruchsvoll sind als diejenigen an Gymnasien.

B3: Psychologie in allgemeinbildenden Schulen

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, Jusos Hessen-Nord

In Hessen soll sich in weiterführenden Schulen (ab dem 5. Schuljahr) mit psychologischen Erkenntnissen beschäftigt werden. Dadurch sollen die Schüler*innen in der Lage sein bspw. verschiedene Aspekte von Marketingstrategien und von Dynamiken in Gruppen zu reflektieren. Darüber hinaus soll das Thema der psychischen Erkrankungen in der Wahrnehmung gestärkt werden. Bei der Vermittlung der psychologischen Erkenntnisse sollen außerdem Erkenntnisse aus dem Bereich der Erziehungswissenschaften sowie der sozialen Arbeit mit einbezogen werden, um das gesamte soziale Verhalten der Schüler*innen zu stärken.

Es wird ausdrücklich davon abgesehen ein zusätzliches Unterrichtsfach für diese Thematik zu schaffen. Vielmehr soll die Vermittlung dieses Wissens in Formaten von bspw. Projektwochen stattfinden und in bestehende Unterrichtsfächer (z.B. Sport, Musik, Kochen, Biologie, Klassenlehrer*innenstunden) integriert werden. Neben den Lehrer*innen sollen auch Expert*innen aus den oben genannten Gebieten eingebunden werden.

Für die Ausarbeitung eines inhaltlichen und strukturgebenden Leitfadens kann sich an den Lehrplänen anderer Bundesländer orientiert werden (bspw. Nordrhein-Westfalen). Zudem soll in den Studienaufbau von Lehrer*innen im erziehungswissenschaftlichen Teil ein Schwerpunkt auf psychologische Themen und Kompetenzen gelegt werden, damit für diese von Anfang an ein Zugang sowie ein Grundwissen besteht.

B5: Multimedia-Kompetenz von Lehrkräften stärken

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, Jusos Hessen-Nord

Die SPD-Landtagsfraktion in Hessen setzt sich dafür ein, dass das hessische Kultusministerium Fortbildungen zum Bereich Multimedia-Kompetenzen für alle Lehrkräfte ermöglicht. Damit soll erreicht werden, dass folgende Themen, Fächer und Stufen unabhängig von jedem Lehrer*in in den Unterricht eingebunden und den Schüler*innen vermittelt werden können:

- Grundlagen: Rechnerarchitektur, Verfassen digitaler Texte, Nutzen von OnlineEnzyklopädiën, Nutzen von Suchmaschinen, Einführung in soziale Netzwerke, Umgang mit Apps, Jugendschutz, Digital-Payment
- Umgang mit neuen Medien: Umgang mit Social Media Netzwerken mit Hinweis auf Gefahren, Cyber-Mobbing, Influencer, aktuelle Apps/ Trends, Product-Placement, Suchtgefahr durch digitale Medien, Fake News, Sexualität und Schönheitsidealen im Internet
- Weitergehende informatische Kenntnisse: Big Data, Micro-Targeting, Logik von Programmiersprachen, neue Entwicklungen im digitalen Bereich

Die Lehrinhalte im Bereich der Multimedia-Kompetenzen sollen altersgerecht und dem allgemeinen Lernstand der Schüler*innen angepasst werden.

B10: Schulbücher mit zeitgemäßen Strukturen

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, SPDqueer Hessen-Nord

Die SPD in Hessen spricht sich für eine zeitgemäße Schulbuchausstattung aus. Das Hessische Kultusministerium soll beauftragt werden, eine Richtlinie für Neuanschaffungen von Schulbüchern zu definieren, in der neben den heterosexuellen Partnerschaftsverhältnissen auch gleichgeschlechtliche Partnerschaftsverhältnisse als Beispiele enthalten sein müssen.

B12: Finanzierung von didaktischem Material aus Landesmitteln

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, AfB Hessen-Nord

1. In den Schulentwicklungsplänen der Städte und Gemeinden müssen den Berufsschulen ein höherer Stellenwert eingeräumt und somit mehr Budget für Sanierung und moderne/digitale Ausstattung zur Verfügung gestellt werden.
2. Das Aussterben der Kreisberufsschulen muss gestoppt und in diesem Zusammenhang die Mindestschülerzahl von 15 auf 10 Schüler pro Klasse reduziert werden.
3. Die Zusammenarbeit zwischen Betrieben, Universitäten und Berufsschulen soll intensiviert werden.
4. Recht auf bezahlte Fort- und Weiterbildung für alle Berufsschullehrer*innen, sowie ein Recht auf regelmäßige Praktikas in den ausbildenden Betrieben der Region (auf

Arbeitszeit), um auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft und Technik unterrichten zu können.

5. Die Vermittlung digitaler, interkultureller und sozialer Kompetenzen muss auch in der Berufsschule zum Standardlehrplan gehören.
6. Die Bezahlung der Berufsschullehrer*innen muss den an sie gerichteten Anforderungen gerecht werden.
7. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit im Vergleich von Fachlehrer*innen für arbeitstechnische Fächer zu Studienrät*innen.

B13: Fit für die Zukunft – Berufsschulen im digitalen Zeitalter

Antragsteller: AfA Hessen-Süd

1. In den Schulentwicklungsplänen der Städte und Gemeinden müssen den Berufsschulen ein höherer Stellenwert eingeräumt und somit mehr Budget für Sanierung und moderne/digitale Ausstattung zur Verfügung gestellt werden.
2. Das Aussterben der Kreisberufsschulen muss gestoppt und in diesem Zusammenhang die Mindestschülerzahl von 15 auf 10 Schüler pro Klasse reduziert werden.
3. Die Zusammenarbeit zwischen Betrieben, Universitäten und Berufsschulen soll intensiviert werden.
4. Recht auf bezahlte Fort- und Weiterbildung für alle Berufsschullehrer*innen, sowie ein Recht auf regelmäßige Praktikas in den ausbildenden Betrieben der Region (auf Arbeitszeit), um auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft und Technik unterrichten zu können.
5. Die Vermittlung digitaler, interkultureller und sozialer Kompetenzen muss auch in der Berufsschule zum Standardlehrplan gehören.
6. Die Bezahlung der Berufsschullehrer*innen muss den an sie gerichteten Anforderungen gerecht werden.
7. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit im Vergleich von Fachlehrer*innen für arbeitstechnische Fächer zu Studienrät*innen.

B14: Änderung der Schülermindestzahlen zur Klassenbildung in Berufsschulen

Antragsteller: UB Wiesbaden (Hessen-Süd)

Der Landesparteitag beschließt, dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, eine Änderung der Schülermindestzahl an Berufsschulen vorzunehmen. Zukünftig soll der § 1 der „Verordnung über die Festlegung der Anzahl und der Größe der Klassen, Gruppen und Kurse in allen Schulformen“ so verändert werden, dass an Berufsschulen bei 10 Schülern eine Klassenbildung zustande kommt.

B16: Gebärdensprache als Wahlfach an Schulen

Antragsteller: AG Selbst Aktiv Hessen-Süd

Die SPD Hessen fordert die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag auf, sich für die Einführung eines Wahlschulfachs „Gebärdensprache“ baldmöglichst an den Schulen einzusetzen.

B17: Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Kursangebot hessischer Volkshochschulen

Antragsteller: AG Selbst Aktiv Hessen-Süd

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass der Zugang zu Räumlichkeiten und deren Ausstattung, in denen Kurse der Volkshochschulen angeboten werden, barrierefrei gestaltet sind. Assistenzleistungen müssen gewährleistet sein.

B20: Azubis und Studierende von der Zweitwohnsitzsteuer befreien

Antragsteller: Jusos Hessen

Die hessische SPD setzt sich dafür ein, dass das eigentlich nachvollziehbare und sinnvolle Instrument der Zweitwohnsitzsteuer um eines Passus eingeschränkt wird, der Schülerinnen, Azubis, Studierende, Menschen mit geringeren Einkommen eine deutlich geringere Bemessungsgrundlage zuspricht.

B28: Antisemitismus an Schulen bekämpfen

Antragsteller: UB Frankfurt (Hessen-Süd)

Jüdische Geschichte, Religion und Kultur soll in allen Schulen besser in den Lehrplan integriert und vermittelt werden. Durch mehr Wissen und interreligiöse Begegnung sollen Vorurteile abgebaut werden und Kinder und Jugendliche idealerweise gar nicht erst antisemitische Einstellungen entwickeln können.

Deswegen fordern wir für mittlere Jahrgangsstufen jeglicher Schulform mindestens eine verpflichtende Exkursion in ein Konzentrationslager oder in eine NS-Gedenkstätte alle Schüler*innen mit ausführlicher Vor- und Nachbereitung.

B29: Eine-Welt-Laden

Antragsteller: UB Frankfurt (Hessen-Süd)

Es soll durch ein hessisches Förderprogramm ein Modellprojekt für mehr Fair-Trade-Produkte an hessischen Schulen geben. Das Modell, soll Schüler*innen ermöglichen die Organisation von einem Eine Welt-Laden an ihrer Schule zu übernehmen und die Einnahmen an eine gemeinnützige Organisation oder Partnerschule zu spenden. Das Modellprojekt soll, vor allem Kontakt zwischen hessischen Schulen und Schulen in wirtschaftlich peripheren Staaten ausbauen, indem offizielle Partnerschaften zwischen den Schulen geschaffen werden.

B30: Klimaschutz endlich auch auf der Bedeutungsskala des Kultusministeriums nach oben!

Antragsteller: UB Main-Kinzig (Hessen-Süd)

1. Die SPD Hessen stellt fest, dass Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung zu häufig ein Nischenthema in den hessischen Schulen bilden.
2. Das Hessische Schulgesetz hat seit der rot-grünen Schulgesetznovelle vom 15. Mai 1997 in § 6 Abs. 4 eine Rechtsgrundlage für „ökologische Bildung und Umwelterziehung“. Zugleich wurde der Auftrag in das Gesetz aufgenommen, die in Abs. 4 genannten besonderen Bildungs- und Erziehungsaufgaben in Form von Rahmenplänen umzusetzen. Seit dem Regierungswechsel 1999 wurde diesem Auftrag keine Beachtung mehr geschenkt.
3. Mit Gesetz vom 30. Juni 1999 wurde der Auftrag, Rahmenpläne zu erstellen, durch den Auftrag ersetzt, Lehrpläne zu erstellen. Ein Lehrplan für Ökologische Bildung und Umwelterziehung wurde nicht erstellt.
4. Die Gesetzesnovelle vom 10. Juni 2011 ergänzte den Lehrplanauftrag in § 6 Abs. 4 durch die Option, Kerncurricula zu erstellen. Auch die Arbeiten an einem Kerncurriculum für Ökologische Bildung und Umwelterziehung wurden nicht aufgenommen.
5. Das Gesetz vom 4. Mai 2017 schließlich ersetzte den besonderen Bildungs- und Erziehungsauftrag „Ökologische Bildung und Umwelterziehung“ durch den Auftrag zur „Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Ein solches Kerncurriculum gibt es bis heute nicht.
6. Die SPD Hessen stellt fest, dass von wenigen semantischen Änderungen am Schulgesetz abgesehen das Thema Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung seit 20 Jahren brach liegt.

7. Nach unserer Auffassung, sind Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung Zukunftsthemen, die nicht nur für die Schülerinnen und Schüler der Gegenwart von großem Interesse sind, sondern auch für die nachfolgenden Generationen von hohem Gewicht. Das Staatsziel „Umweltschutz“ in Art. 26a muss Verpflichtung für alle politisch Handelnden sein.
8. Wir fordern von der hessischen Landesregierung ein Kerncurriculum „Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vorzulegen.

Antragsbereich C: Arbeit, Wirtschaft und Energie

C1: Betriebsräte als Regel, nicht als Ausnahme!

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, Jusos Hessen-Nord

Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für die Einführung einer einheitlichen Betriebsratspflicht ein, indem die Umsetzung der bereits bestehenden Regelung aktiv überprüft wird.

Zusätzlich sollen Arbeitnehmer*innen verstärkt mit Hilfe von Fortbildung und bundesweiten Kampagnen über ihre Rechte informiert und umfassend gebildet werden.

Des Weiteren soll Arbeitnehmer*innenrechten in der Ausbildung mehr Raum eingeräumt werden, damit angehende Arbeitnehmer*Innen umfassend aufgeklärt werden.

Auch Arbeitnehmer*innen unter 18 Jahren müssen bei Betriebsratswahlen wahlberechtigt sein.

C4: Fachkräftemangel?! Arbeitsbedingungen verbessern!

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, Jusos Hessen-Nord

Die SPD setzt sich auf der jeweiligen Ebene für folgende Punkte ein:

- allgemein verbindliche Tarifverträge in der Pflege fördern
- die Förderung der Qualifikation hier lebender Flüchtlinge und Asylbewerber*innen, die Interesse an Pflegeberufen zeigen (im Sinne von Investitionen in Sprach- und Weiterbildung als vereinfachten Einstieg in den Pflegeberuf)
- Gewährleistung betriebsinterner psychosozialer Angebote (Supervisionen) zur psychisch-seelischen Entlastung der Pfleger*innen

C7: Betriebliche Altersvorsorge: gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen

Antragsteller: UB Hersfeld-Rotenburg (Hessen-Nord)

Der SPD-Landesparteitag Hessen fordert, die nach dem Einkommensteuergesetz steuerlich begünstigten Arbeitgeberbeiträge im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung auf Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung auszudehnen. Die Bundestagsfraktion möge eine entsprechende Änderung des Einkommensteuergesetzes auf den Weg bringen.

Bisher sind nur Zahlungen des Arbeitgebers in kapitalgedeckte Direktversicherungen, Unterstützungskassen, Pensionsfonds und Pensionskassen sowie betriebliche Versorgungszusagen steuerbegünstigt.

C8: Arbeitszeitgesetz auch für Ärzt*innen

*Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokrat*innen im Gesundheitswesen Hessen-Süd*

Arbeitgeber dürfen in Zukunft keine Opt out-Regelungen mit ihren Mitarbeiter*innen mehr schließen. Die wöchentliche Arbeitszeit darf auch für Ärzt*innen einschließlich Bereitschaftsdienste (ausgenommen Rufbereitschaft), wie im europäischem Arbeitszeitgesetz festgeschrieben, eine Höchstarbeitszeit von 48 Stunden einschließlich Überstunden nicht überschreiten.

Die hierzu notwendigen Mehreinstellungen des ärztlichen Personals ist vom Arbeitgeber gegen zu finanzieren.

C11: Erweiterung des Geltungsbereichs des Kündigungsschutzgesetzes

Antragsteller: UB Wiesbaden (Hessen-Süd)

Der Landesparteitag beschließt, dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, dass der Geltungsbereich des Kündigungsschutzgesetzes wieder auf Betriebe erstreckt wird, die in der Regel mehr als fünf Arbeitnehmer beschäftigen.

C12: Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen

Antragsteller: UB Wiesbaden (Hessen-Süd)

Der Landesparteitag beschließt, dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, dass die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen abgeschafft wird.

C13: Recht auf Home Office

Antragsteller: UB Wiesbaden (Hessen-Süd)

Der Landesparteitag beschließt, dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, dass Arbeitnehmer/innen ein Anrecht auf Homeoffice haben. Die Rechtfertigungsrichtung soll umgedreht werden. Sollen Arbeitgeber/innen begründen müssen, warum sie dem Wunsch der Beschäftigten auf Heimarbeit nicht entsprechen. Die Arbeitszeit muss auch im Home Office vollständig erfasst und vergütet und das Recht auf Nicht-Erreichbarkeit eingehalten wird. Beschäftigte, die von ihrem häuslichen Arbeitsplatz aus zum Beispiel ihre Kinder zum Kindergarten bringen oder von dort abholen, müssen unfallversichert sein. Home Office soll zudem für die Beschäftigten stets freiwillig bleiben.

C14: Erarbeitung eines Kodex über die Angemessenheit von Vergütungen für Vorstände und Aufsichtsräte

Antragsteller: UB Wiesbaden (Hessen-Süd)

Der Bundesparteivorstand wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die zusammen mit Vertretungen der Gewerkschaften einen Kodex über die Angemessenheit von Vergütungen für Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, Vorstände und Aufsichtsräte erarbeiten soll. Dieser Kodex soll bis zum Beschluss des Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2021 vorliegen. Er soll die öffentliche Diskussion über Auswüchse in diesem Bereich versachlichen und Mandatsträgerinnen/-trägern - ob auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene - eine Richtschnur für ihre Entscheidungen geben.

C15: Solidarität mit und Unterstützung der Reinigungskräfte

Antragsteller: Jusos Hessen

Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag

Der aktuelle Arbeitskampf der Reinigungskräfte verschärft sich weiter. Die Seite der Arbeitgeber*innen zeigt sich zwar wieder gesprächs-, aber keinesfalls kompromissbereit. Seit einigen Monaten unterstützen die Jusos Gießen, die SPD Gießen und der SPD-Bezirk Hessen Süd bereits strukturell und inhaltlich die Bemühungen der IG BAU. Der SPD Landesverband Hessen soll nachziehen und dabei folgende Schritte in die Wege leiten:

- Der SPD-Landesverband Hessen übernimmt die Forderungen der IG BAU komplett und solidarisiert sich öffentlich mit den Gebäudereinigungskräften durch eine Pressemitteilung.
- Der SPD-Landesverband Hessen setzt starke und sichtbare Statements in den sozialen Medien, um betroffene Arbeitnehmer*innen aus dem Unsichtbaren zu holen.
- Der SPD-Landesverband Hessen übt seinen Einfluss auf die hessische Landtagsfraktion der SPD aus, damit geprüft wird, unter welchen Bedingungen Reinigungskräfte in Einrichtungen des Landes Hessen eingestellt werden und unter welchen Bedingungen Aufträge in landeseigenen Räumlichkeiten vergeben werden.
- Der SPD-Landesverband Hessen unterstützt Arbeitskampfmaßnahmen der IG BAU und der Reinigungskräfte.

C16: Aufwertung des Freiwilligen Sozialen (FSJ) und Ökologischen Jahres (FÖJ) sowie des Bundesfreiwilligendienstes (Bufdi)

Antragsteller: Jusos Hessen-Nord

Wir fordern: Eine deutliche Verbesserung der Konditionen für Menschen, welche sich in einem FSJ, FÖJ sowie im Bufdi engagieren wollen. Für Verpflegung, Unterbringung und Fahrtkosten müssen einheitliche Rahmenbedingungen verbessert werden.

Um die Teilnehmer*innen finanziell zu unterstützen, soll die Entlohnung an die Mindestausbildungsvergütung im ersten Lehrjahr angepasst werden. Die Zusätzlichkeit der Arbeit muss gewährleistet sein.

C18: Europäische Standards für die Textilindustrie

Antragsteller: UB Frankfurt (Hessen-Süd)

Empfänger: SPD-Bundesparteitag und SPD-Fraktion im Europaparlament

Die SPD setzt sich dafür ein, dass europäische Textilanbieter, die ihre Ware in Ländern des globalen Südens (Entwicklungsländern) herstellen, verpflichtet werden, dies dort auch unter den in Europa herrschenden Arbeitsstandards und Arbeitsschutzgesetzen zu tun. Gewerkschaften vor Ort müssen gestärkt, Kinderarbeit bekämpft und Programme zur Bildungsförderung eingerichtet werden.

Das 2014 im Zuge der Unfälle und Brände in Textilfabriken ins Leben gerufene Textilbündnis durch Gerd Müller (CSU Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) ist zwar ein guter erster Schritt in die richtige Richtung, jedoch sind freiwillige Zusagen nicht ausreichend. Auch sind im Sommer diesen Jahres zahlreiche Firmen wieder aus dem Bündnis ausgetreten. Freiwillige Verpflichtungen, die Regulierung des Marktes aus sich selbst heraus, hat also mal wieder und wie schon so oft versagt.

Das darf nicht sein, menschenwürdige Arbeitsverhältnisse und gerechte Bezahlung sind nichts, woraus man einfach so aussteigen darf. Wir müssen uns mit den Arbeiter*innen solidarisieren; nur weil unser T-Shirt ihr Elend nicht evident macht, heißt das nicht, dass nicht täglich vor allem Arbeiterinnen um ihre Gesundheit, ihr täglich Brot und um ihr Leben bangen müssen. Die SPD muss gemeinsam mit Gewerkschaften gesetzlich verbindliche Vorgaben beschließen, die für alle Firmen gelten, die auf dem europäischen Markt ihre Waren anbieten.

Antragsbereich D: Mobilität, Infrastruktur und Wohnen

D1: Wohnungen bauen – neue Konzepte denken

Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd

Die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen ist eine der zentralen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, denn Wohnen ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Für uns ist Wohnen ein Grundrecht – es bedeutet Sicherheit und Geborgenheit. Immer mehr Menschen haben Angst, dass sie sich ihr Dach über dem Kopf nicht mehr leisten können.

Die Wanderungsbewegungen in Deutschland haben dazu geführt, dass ein Teil der Mieterinnen und Mieter Angst haben, keine bezahlbare Wohnung zu finden, ein anderer Teil hat Angst, durch Spekulation und zahlungskräftigere Mieter vertrieben zu werden. Sicherheit im Wandel bedeutet hier, die einen vor Vertreibung zu schützen und für die anderen bezahlbare Wohnungen bereit zu stellen.

Es fehlen Wohnungen und die Devise der SPD in Hessen lautet zu Recht: „Bauen, Bauen, Bauen“. Dazu brauchen wir Geld. Und zwar direkte Zuschüsse – keine Darlehen. Wir brauchen eine Vereinfachung der Verfahren, Mietpreisbremse, Mietpreisdeckelung, die Möglichkeit der Millieuschutzsatzung und das Wohnraumzweckentfremdungsgebot. Wir brauchen eine Bodeninitiative. Das BIMA Gesetz muss geändert werden, Bund wie Land müssen für den sozialen Wohnungsbau und für den Bau von Wohnungen für mittlere Einkommen zum Bodenrichtwert verkaufen können.

Aber wir müssen auch über den Tellerrand hinausschauen und den Blick in die Zukunft wenden. Deshalb wollen wir auch eine Bodenwertsdebatte anstoßen. Wir gehen davon aus, dass Gemeinden ihren Besitz nur in Erbpacht weitergeben. Boden muss wieder in öffentliche Hand, die Gewinne müssen im Rahmen von städtebaulichen Wettbewerben und Konzeptvergaben abgeschöpft werden. Der Boden, der nicht vermehrbar ist, darf nicht zum Spekulationsobjekt werden. Dazu gehört ein Baurecht auf Zeit, die Transaktionskosten zu erhöhen, ein preislimitiertes Vorkaufsrecht für Kommunen einzuräumen und die Umlagefähigkeit der Grundsteuer abzuschaffen.

Und wir wollen eine Diskussion zum Thema „Neue Gemeinnützigkeit“ angestoßen.

Neue Gemeinnützigkeit bedeutet dabei folgendes:

Die öffentlichen Unternehmen der Wohnungswirtschaft dürfen nach Möglichkeit kein Geld mehr ausschütten, sondern das was sie erwirtschaften, in neue Wohnungen und die Sanierung – auch die energetische Sanierung von Wohnungen stecken.

Das Wohnumfeld, der Orts- oder Stadtteil ist integraler Bestandteil der Wohnraumentwicklung. Es geht auch um Quartiersentwicklung.

Mieter*innen sollen echte Mitbestimmungsmöglichkeiten bekommen, mit Stimmrecht in den Aufsichtsgremien.

Die neue Gemeinnützigkeit im Wohnungssektor dient der Daseinsvorsorge im Bereich der Wohnraumversorgung sowie einer nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung. Sie umfasst Aktivitäten der Erstellung, Bewirtschaftung und Erneuerung von Wohnungen zu leistbaren Preise sowie zur Einbringung wohnungsnaher Dienstleistungen, die durch die Zweckbindung der Einnahmen eine Gewinnbeschränkung zu einem gesellschaftlichen Mehrwert führen.

Maßnahmen auf Bundesebene

1. Soziale Bodenpolitik

Wir fordern, dass mindestens 50% der Wohnungen in den Metropolen in gemeinnützigen oder öffentlich kontrollierte Wohnungsunternehmen befinden.

Das Ziel „bezahlbarer Wohnraum“ ist wichtiger als die Unantastbarkeit der Profitmöglichkeiten aus großen Vermögen oder Aktienvermögen. Für eine lebenswerte Stadtkultur gilt es eine Gentrifizierung zu verhindern.

Die Verzerrung des Wohnungsmarktes in Metropolen ist das Ergebnis der Knappheit an Flächen sowie dem Eigentumsrecht geschuldet. Sollte das Ziel, mindestens 50% der Wohnungen in gemeinnützige oder kommunale Hand zu überführen, müssen deshalb auch Beschränkungen für das Eigentum an großen Mietbeständen ergriffen werden. Für einen möglichst schonenden Eingriff kommen hierfür das Eigentum großer Wohnungsunternehmen und Fälle des Eigentümerwechsels einschließlich Vererbung in Betracht. Damit können profitorientiert hohe Mietzinsen effektiv und dauerhaft verhindert sowie eine Gentrifizierung ganzer Stadtteile vermieden werden.

Langfristig wollen wir ein Eigentumsmodell erreichen, bei dem der Gewinn aus Bodenwertsteigerungen nicht bei Immobilieneigentümer*innen und Spekulanten verbleibt, sondern den Gemeinden zu Gute kommt. Hierfür kann der Grund und Boden insbesondere von großen Siedlungen der Hand der Gemeinden dauerhaft zugewiesen werden, die Bau- und Nutzungsrechte anschließend nur noch in Erbpacht- oder ähnlichen Modellen vergeben.

2. Mietenstopp, Mietpreisbremse und Modernisierungsumlage

Wir müssen jetzt schnell handeln. Deshalb wollen wir einen Mietenstopp. Das bedeutet, dass Bestandsmieten und Mieten bei Neuvermietungen in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten für 5 Jahre nur in Höhe der Inflation steigen dürfen. Modernisierungen bleiben im Rahmen einer abgesenkten Modernisierungsumlage weiterhin möglich. Wurde bei Vermietung mehr verlangt als zulässig, sollen die Mieter künftig die zu viel gezahlte Miete zurückverlangen können – auch bei der schon bestehenden Mietpreisbremse. Die Mietpreisbremse wird verschärft. Künftig muss die Miete des Vormieters angegeben werden.

Wir wollen die Einführung eines Wirtschaftlichkeitsgrundsatzes für Modernisierungsmaßnahmen. Umlagefähig sollen nur die Kosten sein, die ein Vermieter/eine Vermieterin vernünftigerweise veranlasst hätte, wenn er/sie diese Kosten bei Eigennutzung selbst tragen würde. Nach energetischen Modernisierungen soll die Miete nur noch um die Einsparung bei den Heizkosten erhöht werden.

Mittelfristig wollen wir eine weitere Absenkung der Modernisierungsumlage auf 4%. Bei Mieten unter 7 Euro soll die Umlage auf 1,50 pro qm innerhalb von 8 Jahren gedeckelt werden.

3. Grund und Boden des Bundes zur Verfügung stellen

Wir fordern die Bundesregierung auf, die bundeseigenen Flächen zum Bodenrichtwertpreis für Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Deshalb muss das BImA Gesetz geändert werden. Auch das Land muss seine Liegenschaften kostengünstig für den Wohnungsbau bereitstellen.

4. Baukindergeld

Das Baukindergeld für Familien wurde für den Erwerb/Kauf von Wohnungen und Häusern eingeführt. Wir wollen, dass das Baukindergeld auch für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen und für Gemeinschaftliches Wohnen genutzt werden kann.

5. Mietrecht

Wir wollen, dass die Kappungsgrenzenverordnung in allen Gebieten gilt – nicht nur in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten. Wir wollen den Abstand auf fünf Jahre erhöhen und die Erhöhung für diesen Zeitraum auf 10% begrenzen. Bei Immobilien, die im Besitz des Bundes- oder der Länder sind, sollen die Mieten nur noch um 1% pro Jahr steigen.

Ordentliche Kündigungen sollen nur dann vorgenommen werden können, wenn ein berechtigtes Interesse der Vermieterin/des Vermieters vorliegt.

Wir wollen die Definition des Eigenbedarfs gesetzlich klarstellen. Vermieter*innen sollen durch Gründung einer Personengesellschaft die Beschränkung der Kündigungsmöglichkeit auf Eigenbedarf nicht mehr umgehen können.

Die aktuelle Mietpreisentwicklung hat zur Folge, dass Mieter*innen insbesondere mittlerer Einkommen häufig fast die Hälfte ihres Nettoeinkommens für die Miete aufwenden müssen.

Wir wollen die bestehende Härtefallklausel durch die Einführung eines Regelbeispiels konkretisieren. Ein Härtefall soll künftig dann gesetzlich vermutet werden, wenn mehr als 40 Prozent des Nettohaushaltseinkommens für Miete einschließlich Heizkosten gezahlt werden muss. Weitere Mieterhöhungen sind in diesen Härtefällen dann in der Regel ausgeschlossen.

Insgesamt will die SPD mittelfristig erreichen, dass nur noch maximal 30% des Familieneinkommens für die Miete ausgegeben werden.

6. Schutz von Mietverhältnissen zu sozialen Zwecken

Nach aktueller Rechtslage sind Mietverhältnisse, mit denen soziale Träger*innen Wohnraum anmieten, um ihn zu sozialen, karitativen oder gemeinnützigen Zwecken ohne Gewinnerzielungsabsicht weiterzuvermieten, in der Regel als gewerbliche Mietverhältnisse ausgestaltet. Dies hat zur Folge, dass die Regelungen des sozialen Mietrechts nicht zur Anwendung kommen, obwohl tatsächlich ein Mietverhältnis zu Wohnzwecken und nicht zu gewerblichen Zwecken vorliegt.

Wir wollen Rechtssicherheit für soziale Träger/Trägerinnen, die Wohnraum zu sozialen, karitativen oder gemeinnützigen Zwecken ohne Gewinnerzielungsabsicht vermieten. Für sie soll das soziale Mietrecht für Wohnraum gelten. Kündigungen nach Gewerberecht müssen für diese Fälle gesetzlich ausgeschlossen werden.

7. Leerstandsbesteuerung

Viele baureife Grundstücke liegen brach und viele Wohnungen stehen leer, weil sich ihre Besitzer und Besitzerinnen durch einen späteren Verkauf höhere Gewinne versprechen.

Wir wollen die Einführung einer neuen Grundsteuer C die Wohnungsbaugrundstücke in „angespannten Wohnungsmärkten“, die nicht bebaut werden, obwohl Baurecht besteht, höher besteuert als bebaute Wohngrundstücke, um Spekulationsgewinne abzuschöpfen. Und wir wollen die Einführung einer Sondersteuer für leerstehende Wohnungen und Häuser in Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten

8. Weitere Forderungen an den Bund

Der Bund hat weitere Möglichkeiten regulierend auf den Wohnungsmarkt einzuwirken.

Unsere Forderungen:

Der Bund soll eine Regelung zu schaffen, dass künftig die Grundsteuer nicht mehr auf die Miete umgelegt werden kann.

Der Bund wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass der Genehmigungsvorbehalt bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in allen Gebieten gelten muss – nicht nur in angespannten Wohnungsmärkten (Erhaltungssatzungen). Der Bund wird aufgefordert, die Ausnahmemöglichkeiten für die Abwendung des Genehmigungsvorbehalts bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen abzuschaffen. (BauGB §172.6).

Wir wollen die Schaffung eines kommunalen Vorkaufsrechts in allen Gebieten. Dabei muss es eine Preislimitierung geben. Zusätzlich müssen die Ausübungsfristen für die Kommunen deutlich verlängert werden.

Die Bindungsfrist für geförderten Wohnungsbau soll auf 50 Jahre erhöht werden.

Gemeinwohlbindungen beim §34 BauGB ermöglichen

Erlass eines Baugebots nach §176.1 BauGB, wenn ein rechtsverbindlicher Bebauungsplan existiert.

Grundsätzlich sollten Grundstücke des Bundes nur noch in Erbpacht vergeben werden. Dabei muss eine zweckgebundene Bereitstellung vereinbart werden. Abgaben der Grundstücke nach Konzeptvergabe sind sinnvoll.

Maßnahmen auf Landesebene

Das Land Hessen hat unter der CDU geführten Landesregierung in den letzten 20 Jahren nicht die gesetzlichen Möglichkeiten genutzt, um die Mieter*innen zu schützen. Die neue schwarz/grüne Landesregierung muss dringend handeln.

Das Land Hessen wird aufgefordert, dass die Mietpreisbremse künftig in ganz Hessen gelten soll. Wir wollen, dass die Kündigungssperrfrist bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen auf 10 Jahre festgelegt wird und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnung unter Genehmigungsvorbehalt gestellt wird.

Außerdem wollen wir, dass die auslaufenden Belegungsrechten im Bestand der Landesgesellschaften und solche mit indirekten Beteiligungen (Nassauische Heimstätte, GWH, landeseigene Wohnungen) verlängert werden.

Die Dauer der Zweckbindung für den sozial geförderten Wohnungsbau wollen wir auf mindestens 50 Jahre ausweiten und die Nachwirkungsfrist im Hessischen Wohnraumförderungsgesetz auf mindestens 10 Jahre erhöhen.

1. Umstellung der Förderung auf Zuschüsse

Die bisherigen Mittel des revolvingen Fonds bei der WI Bank wollen wir in ein reines Zuschusssystem umstellen. Das hat zu Folge, dass die Mittel jährlich neu aufgebaut werden müssen.

2. Quoten für sozialen Wohnungsbau und mittlere Einkommen

Die Wohnungsbaugesellschaften des Landes und solche auch mit indirekten Beteiligungen sollen bei Wohnungsneubau mindestens 40% sozialgeförderten Wohnraum und Wohnraum für mittlere Einkommen schaffen und zusätzlich jeweils mindestens 15% Flächen für gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte zur Verfügung stellen.

2. Wohnungsversorgung im ländlichen Raum

Auf der Basis von einem Wohnraumversorgungskonzept wollen wir neuen, für den Wohnungsbau zuständigen Gesellschaften in öffentlicher Verantwortung ein Förderprogramm auf Zuschussbasis für Sozialwohnungen und Wohnungen für mittlere Einkommen auflegen.

Die Baulandoffensive muss ihre Beratungstätigkeit für Bauprojekte im ländlichen Raum auf Gebiete auch außerhalb des definitorischen Rahmens der Gebiete mit erhöhtem Wohnungsbedarf ausweiten.

Um der Unternutzung von Wohnraum im ländlichen Raum entgegenzuwirken, wollen wir ein Zuschusssystem für den Umbau solcher Wohnungen schaffen.

3. Senkung der Grunderwerbssteuer

Wir wollen die Grunderwerbssteuer senken, wenn die Forderung nach Abschaffung von Share Deals auf Bundesebene endlich durchgesetzt worden sein wird, um selbstgenutztes Wohnungseigentum wieder attraktiver zu machen.

4. Bau von Werkwohnungen

Wir fordern eine Initiative zur Unterstützung des Baus von Werkwohnungen anstoßen. Gerade Firmen, die Facharbeiter*innen an ihr Unternehmen binden wollen, ist der Wiedereinstieg in den Bau von betriebseigenen Wohnungen ein gutes Mittel, dies zu bewerkstelligen. Gerade die Unternehmen in öffentlicher Verantwortung – wie die Fraport – können wir eine Vorreiterrolle spielen.

5. Wohnungen für Studierende und AZUBIs

Wir den Bau von Studierendenwohnungen und Wohnungen für AZUBIs ist ein eigenes Wohnungsbauprogramm des Landes aufzulegen. Auch hier muss der Focus auf ein Zuschussystem und nicht auf Darlehen gelegt werden.

6. Zweckentfremdung und Millieuschutzsatzungen

In angespannten Wohnungsmärkten ist das Verbot der Zweckentfremdung anzuwenden. In definierten Quartieren sind Millieuschutzsatzungen zu erlassen.

D7: Sanktionen für den Verstoß gegen die Mietpreisbremse

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, Jusos Hessen-Nord

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, zu prüfen, ob der Verstoß gegen die Auflagen der Mietpreisbremse als Ordnungswidrigkeit gesetzlich implementierbar ist.

D8: Gründung von Wohnungsbaugenossenschaften

Antragsteller: UB Wetterau (Hessen-Süd)

Das Land Hessen unterstützt die Gründungen von Wohnungsbaugenossenschaft, die über die genossenschaftliche Beteiligung günstigen Mietraum anbieten kann.

D12: Solidarische Mobilität für das nächste Jahrzehnt – beitragsfinanzierter öffentlicher Verkehr

Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd

Die bisherige Verkehrspolitik ist geprägt von verpassten Chancen und ignorierten Entwicklungen.

Eine Verkehrswende hin zu klima- und umweltfreundlicher Mobilität darf nicht auf dem Rücken der ärmeren Menschen, der Mittelschicht, der Pendlerinnen und Pendler, der Dieselbesitzenden oder irgendwelcher Gruppen ausgetragen werden, die es sich nicht leisten können, sich jeweils das Verkehrsmittel neu anzuschaffen, das gerade nicht unter Verdacht geraten ist.

Wir wollen eine Verkehrswende, die sich an den Mobilitätsbedürfnissen aller orientiert. Wohnort oder Einkommen dürfen keinen Unterschied machen.

Die Automobilindustrie hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Statt Umwelt- und Gesundheitsauflagen als Herausforderungen zu betrachten und den globalen Wettbewerb um die Zukunft der Mobilität anzunehmen, hängt die deutsche Automobilindustrie immer noch im fossilen Antrieb fest, während andere Länder uns längst überholen. Darüber hinaus werden Umwelt- und Gesundheitsauflagen teilweise durch Betrug an den Käuferinnen und Käufern und kriminelles Täuschen und Vertuschen umgangen.

Wir brauchen eine neue Aufgabe für die deutsche Automobilindustrie, die nicht das Auto, sondern vernetzte Mobilität mit allen ihren unterschiedlichen Verkehrsträgern in den Fokus nimmt.

Anstelle frühzeitig auf das Einhalten von Messwerten, vor allem für Diesel, zu achten wurden vollständig ungeeignete Maßnahmen, wie Fahrverbote für Diesel auf bestimmten Straßen erlassen. Eine grüne Verbotskultur für Autofahrerinnen und Autofahrer ist nicht unsere Antwort. Sie trifft vor allem diejenigen, die sich kein neues Auto leisten können, kleine Gewerbetreibende, Handwerker und Pendlerinnen und Pendler.

Das stärkste Argument für das Auto ist und bleibt das fehlende alternative Angebot. Für ein wirklich attraktives Angebot und eine sozial gerechte und nachhaltige Verkehrswende sind große Investitionen notwendig. Diese müssen sozial gerecht und nachhaltig finanziert werden. An dieses Angebot und die Mobilität der Zukunft stellen wir viele Anforderungen. Sie muss sozial gerecht sein und die Mobilität gleichermaßen aller sichern – egal ob jemand viel oder wenig Geld hat und unabhängig davon, ob jemand auf dem Land oder in der Stadt wohnt. Sie muss einfach zu erreichen und zu verstehen sein. Unsere solidarische Mobilität orientiert sich an den Bedürfnissen der vielen und soll das Leben leichter und bequemer machen.

Dabei wird Mobilität vielfältiger und Modularer. Die Digitalisierung eröffnet uns auch hier neue Möglichkeiten und Chancen.

Die Idee – gerechte Finanzierung:

Jeder Bürger und jede Bürgerin über 18 zahlen abhängig von ihrem Einkommen und abhängig von ihrer Anbindung an den öffentlichen Personenverkehr einen monatlichen Beitrag. Dafür können alle gleichermaßen alle öffentlichen Verkehrsmittel in Deutschland nutzen. Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr nutzen den ÖPV kostenfrei. Damit steht langfristig genug Geld zur Verfügung, um kontinuierlich einen guten öffentlichen Personenverkehr sicherzustellen. Ziel ist es ein solches Konzept irgendwann für ganz Europa umzusetzen. Die 9 Uhr-Grenze beim Senioren-Ticket wird aufgehoben. Die SPD-Landtagsfraktion wird dies beantragen.

Die Idee – Aufbau eines umfassenden und flächendeckenden öffentlichen Verkehrs

Mit den Mitteln eines zweckgebundenen Beitrags ist es endlich möglich dauerhaft viel Geld für die Modernisierung unseres öffentlichen Personenverkehrs einzusetzen. Dazu gehört der Ausbau von U- und S-Bahnen, Bussen und Straßenbahnen, der Ausbau von Fahrradwegen und Bahnstrecken genauso wieder Aufbau neuer Verkehrsmittel wie Elektro-Einsitzer an Bahn- und Busbahnhöfen für den ländlichen Raum, Seilbahnen, Elektro-Auto-Sharing und vieles mehr. Fahren und Reisen im öffentlichen Personenverkehr muss komfortabel und verlässlich werden. Jede Region braucht ihre eigenen Lösungen und entwickelt ihre eigenen Pläne.

Die Idee – modern und generationengerecht

Die Digitalisierung bietet uns die Möglichkeiten App-basiert Verkehrsträger miteinander zu verbinden und moderne Technik zur Vernetzung und Steuerung einzusetzen. Gleichzeitig wollen wir eine menschenfreundliche Mobilität, die Personal für Hilfe und Unterstützung zur Verfügung stellt. Kinder, Menschen mit Beeinträchtigungen und ältere Menschen müssen auch auf persönliche Hilfestellung zurückgreifen können.

Die Idee – es muss schneller gehen als bisher

Wer es ernst meint mit der Mobilitätswende, der muss Veränderungen als Fortschritt annehmen. Für die Erweiterung unserer Verkehrsnetze wird es auch neue Strecken und Maßnahmen geben. Wir wollen das Planungsrecht so modernisieren, dass Bürger- und Umweltsachen frühzeitig berücksichtigt und ein effizientes Planungs- und Baustellenmanagement wieder beispielgebend wird.

Der Parteivorstand setzt eine Kommission ein, die innerhalb eines Jahres ein solidarisches Mobilitätskonzept erarbeitet, das den oben genannten Anforderungen entspricht.

D15: Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Antragsteller: UB Kassel-Land (Hessen-Nord), Bezirk Hessen-Nord

Die SPD setzt sich für die Abschaffung von kommunalen Straßenbeiträgen ein und fordert die Finanzierung des kommunalen Straßenausbaus aus allgemeinen Steuermitteln und/oder entsprechenden Regelungen beim kommunalen Finanzausgleich. „Die SPD Hessen fordert Bund und Land auf, deren kompletten Straßenbereich innerorts zu 100 Prozent selber zu finanzieren.

D19: Bahnbrechend – Kurzstreckenflüge haben ausgedient

Antragsteller: UB Wiesbaden (Hessen-Süd)

Der Landesparteitag beschließt, dass die SPD und ihre Gremien sich dafür einsetzen, den nationalen und inner-europäischen Bahnverkehr als wichtiges und ökologischstes Element der Personenbeförderung weiter auszubauen und gleichzeitig den Kurzstrecken-Flugverkehr drastisch zu reduzieren. Hierzu gehört auch, die steuerlichen Vergünstigungen für die Luftfahrt

abzuschaffen. Darüber hinaus sollten wir mit gutem Beispiel vorangehen und parteirelevanten Reisen bis zur genannten Entfernung bevorzugt mit der Bahn durchführen. Dies kann entweder hart, per Ergänzung der aktuellen Reisekostenrichtlinie, oder soft, mittels Gratifikationen durchgesetzt werden.

D20: Notsignalschalter an Bahnstationen

Antragsteller: UB Frankfurt (Hessen-Süd)

Empfänger: SPD-Bundesparteitag

Der Landesparteitag beschließt:

Festlegung einer Vorschrift für flächendeckende Notsignalschalter, an S-Bahn-Stationen und Bahnsteigen der Deutschen Bahn in der Eisenbahn-Bau und Betriebsordnung (EBO). Die Vorschrift soll eine festgeschriebene Anzahl an Notfallschalter in einem leicht erreichbaren Abstand an den entsprechenden Bahnsteigen festlegen.

D22: 450 Mrd. Euro Investitionsprogramm für Kommunen und Infrastruktur

Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd

Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen. Die hessischen Kommunen sind in einer desaströsen finanziellen Situation. Wir haben seit Jahren eine Niedrigzinsphase. Hessen hat sich in einer Volksabstimmung für die Schuldenbremse entschieden. Gleichzeitig wurde in die Verfassung aufgenommen, dass die Kommunen zur Erfüllung ihrer Arbeit auskömmlich finanziert werden müssen.

Vor diesem Hintergrund fordert der SPD Landesparteitag ein 450 Mrd.€ Programm des Bundes für Investitionen in dem Bereichen Klimaschutz, digitale Infrastruktur und kommunale Investitionen, auf 10 Jahren angelegt.

Die digitale Transformation wird die Gesellschaft nachhaltig verändern. Bei der Umsetzung wird ein wesentlicher Punkt der Verfassungsauftrag auf Herstellung vergleichbarer Lebensverhältnisse sein. Deshalb muss in die digitale Infrastruktur investiert werden.

Unsere Zukunft hängt davon ab, ob wir den CO² Ausstoß entsprechend den Klimaschutzziele reduzieren können. Dafür sind bundesgesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, aber die Umsetzung des Klimaschutzes passiert in den Kommunen.

Berechnungen der KfW besagen, dass wir einen Investitionsstau vom mindestens 138 Mrd. € im Bereich der kommunalen Infrastruktur vor uns herschieben. Schulen, Radwege und Straßen sind teilweise in einem katastrophalen Zustand.

Deshalb hat der Direktor des IDW Michael Hüther den Vorschlag gemacht, ein 450 Mrd.€ Programm für Klimaschutz, Digitales und Kommunen aufzulegen.

Die Bedingungen dafür sind gut. Die BRD hält die Maastrich-Schuldenquote ein. Die Staatsverschuldung ist auf weniger als 60% der Wirtschaftsleistung gefallen. Deshalb können wir mehr nachhaltig investieren, ohne die Maastrich-Regeln zu verletzen. In der Vergangenheit war der Realzins größer als die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts. Das ist aktuell anders und vieles spricht dafür, dass dies auch so bleibt. Das heißt, dass zukünftige Zinslasten durch zusätzliche Einkommensspielräume gedeckt sind. Künftige Generationen werden also nicht in Rage gestellt.

Bei 2,5% nominalem BIP-Zuwachs läge der Spielraum bei Stabilisierung der Schuldenquote vorsichtig gerechnet bei 1,5% des BIP. Das bedeutet 50 Mrd.€ pro Jahr. Vor diesem Hintergrund hat der DGB Hessen eine Abkehr von der Schuldenbremse und der „schwarzen Null“ gefordert. Diese Akzentuierung muss so nicht sein, denn die Schuldenbremse hat noch einen Spielraum von 2 bis 3 Mrd.€, der in den kommenden Jahren deutlich wächst.

Die Schuldenbremse bleibt bestehen, sie würde aber für dieses Bundes-Sonderinvestitionsprogramm geöffnet. Das folgt der Logik der Schuldenbremse insofern, weil investive und somit produktive Aufgaben zu einem Nullzins finanziert werden. Somit werden zukünftige Generationen nicht belastet. Dafür werden Schulden anderer Art vermieden, nämlich in Form unterlassener Infrastrukturinvestitionen.

Die Schwarze Null – verstanden als den jährlichen vollständigen Verzicht auf neue Kredite und damit als politische Verengung der Schuldenbremse – wäre dann auf den laufenden Bundeshaushalt in konjunktureller Normallage beschränkt.

D23: Landesstraßennetz bedarf der dringenden Sanierung

Antragsteller: UB Hersfeld-Rotenburg (Hessen-Nord), Bezirk Hessen-Nord

Der SPD-Landesparteitag begrüßt nachdrücklich die Initiativen der SPD-Landtagsfraktion, die Mittel für den Landesstraßenbau aufzustocken. Der SPD-Landesparteitag hält als eine Schwerpunktsetzung die „Infrastruktur“ für zielführend. Der SPD-Landesparteitag sieht in der systematischen Vernachlässigung der Infrastruktur durch fast zwanzig Jahre CDU-geführte Landesregierungen einen wesentlichen Grund für den Zustand des Landesstraßennetzes.

D25: Entlastung für geschädigte Inhaber von Dieselfahrzeugen

Antragsteller: OV Usingen, UB Hochtaunus (Hessen-Süd)

Die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung werden aufgefordert

- darauf hinzuwirken, dass die Firmen der Automobilindustrie, die betrügerisch in den Abgasskandal verwickelt sind, für die Kosten der Umrüstung der betroffenen Euro 4 und Euro 5 Dieselfahrzeugen ab Baujahr 2012 herangezogen werden.

- sich dafür einzusetzen, dass gesetzgeberisch schnellstmöglich die Erlaubnis zur Umrüstung von Euro 4- und Euro 5- Dieselmotoren ab Baujahr 2012 erteilt wird.
- ihren Einfluss geltend zu machen, dass die verantwortliche Automobilindustrie dazu verpflichtet wird die Entwicklung in machbarer Zeit umzusetzen und die Umrüstung vorzunehmen.
- zu veranlassen: Sollten die von der Bundesregierung eingerichteten Fristen nicht eingehalten werden, sind die verantwortlichen Automobilindustrien verpflichtet ihren Kunden angemessenen Schadensersatz zu leisten.

Wir erwarten, dass der amtierende Verkehrsminister zurücktritt.

Antragsbereich E: Familie, Gleichstellung und Soziales

E1: my body, my choice – Frauen* informieren §219a StGB abschaffen

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, Jusos Hessen, Jusos Hessen-Nord

Wir fordern:

- dass sich die SPD aktiv für eine vom Land Hessen bereitgestellte frei zugängliche Liste von Ärzt*innen einsetzt, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen und der Veröffentlichung zugestimmt haben. Der Zugang zur Liste erfolgt offline und online. Als Beispiele dienen Berlin und Hamburg.
- dass sie in der SPD auf Bundesebene ebenfalls die Abschaffung des Paragraphen 219a StGB vorantreibt und sich nicht mit dem durch die Große Koalition beschlossenen Gesetz, das die Situation für Ärzt*innen sowie Betroffene wenig bis gar nicht verbessert, zufrieden gibt.

E3: Unisextoiletten im ganzen Landesgebiet

Antragsteller: SPDqueer Hessen-Nord

Die SPD in Hessen spricht sich für eine Einrichtung von Unisextoiletten in öffentlichen Gebäuden aus. Das Land Hessen sowie alle im Land liegenden Kommunen und Kreise sollen beauftragt werden, zu prüfen, in welchen öffentlichen Gebäuden, für die sie zuständig sind,

zusätzlich zu Damen- und Herrentoiletten auch Unisextoiletten eingerichtet werden können. Bei der Prüfung ist zu berücksichtigen, dass mit der Umwidmung mindestens einer bereits vorhandenen geschlechtergetrennten Toilette pro geeignetem Gebäude in eine Unisextoilette eine sehr kostengünstige Umsetzungsmöglichkeit besteht.

Das Land Hessen sowie alle im Land liegenden Kommunen und Kreise sollen beauftragt werden, Unisextoiletten in solchen Gebäuden einzurichten, bei denen die Prüfung eine Umsetzungsmöglichkeit ergeben hat. Ebenso sind bei der Errichtung von neuen Gebäuden zusätzlich Unisextoiletten einzurichten.

E4: Verbot von Reparativ-/Konversionstherapien

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, SPDqueer Hessen-Nord

1. Die SPD lehnt Konversionstherapien grundsätzlich ab

Die Sozialdemokratische Partei Deutschland steht für ein weltoffenes Land, indem die persönliche Entfaltung Aller an oberster Stelle steht, dies schließt auch die sexuelle Orientierung mit ein. Daher wird sich die SPD dafür einsetzen, dass Konversionstherapien in Deutschland verboten werden. Die SPD verabscheut solche Pseudotherapien grundsätzlich und sieht hierbei die Entfaltung der persönlichen Identität bedroht. Konversionstherapien sind menschenverachtend.

2. Die SPD setzt sich für eine Strafverfolgung ein

Die SPD erkennt an, dass Konversionstherapien einer Art seelischer und psychischer Körperverletzung gleichkommen und den Tatbestand der Verletzung der Menschenrechte darstellen. Daher wird die SPD alle Schritte einleiten, dass die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen, die darauf abzielen, eine Veränderung der geschlechtlichen und sexuellen Identität oder Orientierung hervorzurufen, unter strafrechtliche Verfolgung gestellt wird.

3. Die weitere Ausübung approbierter Personen ist unwürdig

Die SPD sieht eine Unwürdigkeit in jenen approbierten Personen, die bei Konversionstherapien mitgewirkt haben. Daher setzt sich die SPD dafür ein, dass neben der strafrechtlichen Verfolgung auch die Aberkennung der Approbation zu erfolgen hat.

E5: Landesgesetz für eine geschlechterparitätische Besetzung von Gremien auf kommunaler Ebene

Antragsteller: AsF Hessen-Süd

Die SPD Hessen fordert, sich dafür einzusetzen, kommunale Listen der SPD im Reißverschlussverfahren aufzustellen und darauf hinzuwirken, dass Aufsichtsgremien kommunaler Unternehmen möglichst paritätisch besetzt werden.

E8: Equal Pay ab dem ersten Tag der Betriebszugehörigkeit plus Flexibilitätszuschlag für Leiharbeiter/innen

Antragsteller: UB Wiesbaden (Hessen-Süd)

Der Landesparteitag beschließt, dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, dass Leiharbeiter/innen ab dem ersten Arbeitstag das gleiche Entgelt wie die Stammarbeiter/innen erhalten.

E9: Für ein neues Sozialstaatskonzept

Antragsteller: UB Frankfurt (Hessen-Süd)

Empfänger: SPD-Bundesparteitag

Perspektivwechsel bei der Grundsicherung für ein neues Sozialstaatskonzept
Sozialstaatliche Leistungen müssen unbürokratisch, transparent, verlässlich und ohne Hürden zugänglich sein. Insbesondere die Würde des Einzelnen ist zu achten. Wir brauchen einen Perspektivwechsel, denn der Sozialstaat den wir gestalten wollen, geht nicht grundsätzlich vom Missbrauchsverdacht, sondern vom Recht auf Unterstützung derjenigen die ihn brauchen aus. Wir wollen Menschen Vertrauen in den Sozialstaat zurückgeben und Hoffnung auf eine bessere Zukunft ermöglichen.

Anreize statt Sanktionen

Eine Sanktionierung des Existenzminimums wie den Regelsatz beim Arbeitslosengeld II (ALG 11 II) wollen wir beenden. Sittenwidrige und unwürdige Sanktionen werden abgeschafft. Qualifizierungsangebote müssen eine Zielorientierung zu einer tatsächlichen Vermittlung aufweisen. Daher wollen wir mit einem Anreizsystem arbeiten, das Fördermöglichkeiten, zusätzliche Gelder und Weiterbildungen zur Verfügung stellt. Wer beispielsweise an Qualifizierungsmaßnahmen teilnimmt, erhält 15% mehr Grundsicherung oder mindestens 200 € zusätzlich. Bei denjenigen, die aus dem Bezug von ALG I kommen soll für zwei Jahre Vermögen und Wohnungsgröße nicht überprüft werden. Keine strengeren Sanktionen für unter 25jährige.

Höhe der Leistungen

Die Höhe der Leistungen ist zu niedrig, insbesondere für Alleinerziehende, Kinder oder Bewohner*innen von Ballungszentren mit hohen Lebenshaltungskosten wie in etwa Frankfurt am Main. Dies zeigt sich in Erhebungen der Sozialverbände und ist Umfragen zu Folge auch Mehrheitsmeinung in der deutschen Bevölkerung. Die SPD muss auf diese Stimmen hören. Wir fordern eine deutliche Erhöhung, sodass der ALG II Regelsatz nicht mehr unterhalb der Armutsrisikogrenze von 60% des Durchschnittseinkommens von 1000 € liegt. Zur Ermittlung des exakten Bedarfs soll eine Kommission aus Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Armutsforschern gebildet werden. Diese Kommission soll eine jährliche Anpassung vornehmen. Die wirtschaftliche Notwendigkeit des Leistungsbezuges muss auch weiterhin nachgewiesen werden.

Die Finanzierung wird über den Bund sichergestellt.

Individuelle Mehrbedarfe in speziellen Lebenssituationen sollen wieder häufiger möglich sein und unbürokratisch beantragt werden.

Bezugsdauer ALG I und Schonvermögen

Wir wollen eine Arbeitslosengeld Q einführen, d. h. ein Jahr zusätzlicher Bezug von ALG I bei Weiterbildung. Bei mindestens 20 Jahren Beitragszeit verlängert sich der Anspruch auf ALG I um drei Monate. Ab 25 Jahren Beitragszeit verlängert sich der Anspruch auf ALG I um sechs Monate. Ab 30 Jahre Beitragszeit verlängert sich der Anspruch auf ALG I um weitere sechs Monate. Der Anspruch von ALG I und ALG Q zusammen ist auf insgesamt 36 Monate begrenzt. Erziehungs- und Pflegezeiten werden dabei wie Arbeitszeiten angerechnet. Auch für nicht langjährig versicherte Personen müssen Verlängerungsmöglichkeiten gefunden werden, wenn sie zu einer Risikogruppe wie junge Familien oder Alleinerziehende gehören, die schnell ihren Job verlieren können.

Zudem sprechen wir uns für eine Erhöhung des Schonvermögens aus. Private Altersvorsorge darf unter keinen Umständen mit Sozialleistungen verrechnet werden.

Recht auf Arbeit

Wir fordern ein Recht auf Arbeit. Daher begrüßen wir die Einführung eines sozialen Arbeitsmarktes. Neben der Durchsetzung tariflicher Bezahlung bei der öffentlichen Hand wollen wir mehr Möglichkeiten der Kommunen sich im sozialen Arbeitsmarkt zu engagieren.

Wir wollen diese Idee weiterentwickeln und mit einem Recht auf Arbeit verknüpfen.

Weiterbildung statt Maßnahmen

Wir möchten ein lebenslanges Recht auf Weiterbildung. Die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Anforderungen an Arbeitnehmer*innen verändert sich wesentlich schneller als früher. Der klassische Weg Schule, Ausbildung, lebenslange Karriere im selben Job ist nur noch die Ausnahme. In Zukunft muss die berufliche Bildung und die Ausbildung an Universitäten in Deutschland kostenfrei zur Verfügung stehen. Auch das Erwerben von beruflich relevanten Zertifikaten wie bspw. Umschreibung von ausländischen Qualifikationen oder formale Bildungsabschlüsse sollen noch stärker unterstützt und unbürokratischer werden.

Dies gilt insbesondere für Bürger*innen auf Jobsuche. Wir wollen ein einklagbares Recht auf die Förderung eines Hauptschulabschlusses und einen kammerzertifizierten Berufsabschluss ohne Altersgrenze. Weiterbildungsmaßnahmen und berufliche Umschulungen sind in sehr viel größerem Umfang als bisher zu gewähren. Wir wollten echte Weiterqualifizierung – insbesondere in Mangelberufen. Wer sich in einer solchen Weiterbildung befindet, soll auch weiterhin in die Rentenkasse einzahlen. Auch Mischverhältnisse aus Weiterbildung, Arbeitslosengeld und geringfügigen Tätigkeiten soll möglich sein.

Demokratische Teilhabe

Arbeitssuchende fühlen sich weitgehend von der demokratischen Teilhabe ausgeschlossen. Dies hat eine Studie des Arbeitsministeriums unter Andrea Nahles bei Betrachtung der Gesetzgebungsprozesse nachweisen können. Künftig soll ehrenamtliches Engagement in Vereinen, Gewerkschaften und Parteien bis zu einem Höchstbetrag von der öffentlichen Hand gefördert werden. Mitgliedsbeiträge z. B. für Vereine, Verbände und Gewerkschaften sollen möglichst übernommen werden.

Kinder und Arbeitslosengeld II

Armut vererbt sich, besonders in Deutschland. Ein Kind mit Eltern in ALG II kann niemals etwas für die Situation in die es geboren wurde. Der Regelbedarf orientiert sich nicht an der Lebensrealität, sondern an einem ideologischen Weltbild. Kinder brauchen gesunde Ernährung, Zugang zu Bildung, Sport und Kultur ohne bürokratische Hindernisse. Es muss künftig eine Kindergrundsicherung von circa 400 € geben. Für jedes Kind in einer ALG Bedarfsgemeinschaft unter 25 Jahren werden zukünftig 100 € für Bildung und Teilhabe direkt mit den anderen Leistungen Antragsfrei ausgezahlt. Kinder sind für uns alle gleich wertvoll, egal wieviel Ihre Eltern verdienen. Kindergeld soll künftig allen Familien ausgezahlt werden. Zur Finanzierung streichen wir den Kinderfreibetrag. Darüber hinaus setzen wir uns für den Ausbau kostenfreier Mittagessen in staatlich finanzierten Betreuungseinrichtungen und weitere nichtmonetärer Leistungen für alle Kinder ein.

Anrechnung von Sozialleistungen und Mindestlöhne

Die Anrechnung von Sozialleistungen in Deutschland ist extrem hoch und damit sowohl ungerecht, als auch leistungsfeindlich. Lediglich 100€ dürfen ohne Abzug behalten werden. Einnahmen darüber hinaus werden zu weiten Teilen mit Sozialleistungen verrechnet. Bei nicht geringfügigen Tätigkeiten werden Abzugsquoten von 90% erreicht. Wir sprechen uns dafür aus, dass nach Abzug von Steuern, Sozialabgaben und Sozialleistungen min. 50% der Einnahmen aus Erwerbstätigkeit bei ALGII Bezieher*innen und anderen Bezieher*innen von Sozialleistungen – auch innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft - verbleiben. Lohndumping durch Aufstocken wird durch den Mindestlohn bereits heute begrenzt. Wir sprechen uns für eine weitere Erhöhung der Mindestlöhne auf 12 Euro aus um dies als Faktor endgültig ausschließen zu können. Die Unterstützung von Existenzgründungen muss deutlich verbessert werden.

Antragsbereich F: Innenpolitik, Recht und Digitales

F1: Rechter Gewalt entschieden entgegentreten – unsere Demokratie verteidigen und stärken

Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd

Die zahlreichen rechtsextremistisch motivierten Straftaten gegen Ausländerinnen und Ausländer, Jüdinnen und Juden, Musliminnen und Muslime, politische Gegnerinnen und Gegner oder Vertreterinnen und Vertreter des Staates besorgen uns zutiefst.

Allein 1.156 solcher Gewalttaten wurden 2018 erfasst. Auch Politikerinnen und Politiker sind Angriffen und Brandanschlägen ausgesetzt. Auch der Mord an Dr. Walter Lübcke war offensichtlich rechtsextremistisch motiviert. Es war dies damit der erste rechtsextremistisch motivierte Mord an einem deutschen Politiker seit der Weimarer Republik. Erinnerungen an die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) werden wieder wach.

Die Möglichkeit eines politischen Mordes ist eine Zäsur und eine neue Dimension rechter Gewalt und politischer Radikalisierung. Sie bedarf einer klaren Antwort aller Demokratinnen und Demokraten. Gewalt darf niemals ein Mittel der Politik sein. Rechtsextremes Denken führt zu rechtsextremen Worten. Aus rechtsextremen Worten können rechtsextreme Taten werden.

Dem treten wir gemeinsam von Anfang an konsequent entgegen. Unsere Demokratie muss gestärkt werden, das zeigt auch die neue „Mittestudie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die darin beschriebenen zurückgehenden Vertrauenswerte in die Demokratie müssen uns alarmieren. Um dem erfolgreich entgegenzutreten, brauchen wir insbesondere eine Stärkung der politischen Bildung, die möglichst früh beginnen muss, etwa schon in der Kita durch die Verankerung von demokratischer Bildung und Erziehung im Bildungs- und Erziehungsplan.

Die Lehrpläne in allen allgemeinbildenden und weiterführenden Schulen sind daraufhin zu überprüfen und zu überarbeiten, inwieweit „demokratische Bildung und Verantwortungsbewusstsein“ stufenübergreifend verankert werden kann. Das gilt nicht nur für das Fach Politik und Wirtschaft, sondern muss ein Querschnittsthema darstellen, das um schulsozialarbeiterische Maßnahmen ergänzt wird. Auch der Bereich der außerschulischen (Jugend-)Bildung muss gestärkt werden.

Demokratie kommt und bleibt nicht von alleine. Demokratie muss vielmehr von Generation zu Generation neu erlernt und gefestigt werden. Gestern wie heute müssen wir in jeder Generation für die Anerkennung und Wertschätzung der freiheitlichen Demokratie werben, die demokratische Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten annimmt, praktisches demokratisches Handeln übt und – falls notwendig – die Demokratie gegen ihre Feindinnen und Feinde verteidigt.

Auch eine aktive Erinnerungskultur ist wichtiger Bestandteil der Demokratieförderung. Damals waren es diktatorische Regime, die Freiheit und Demokratie unterdrücken. Heute hetzen Demokratiefeinde wieder gegen Minderheiten und untergraben demokratische Grundsätze. Ihnen stellen wir uns entgegen. Deswegen ist politische Bildung ein wichtiges Rüstzeug, um sich nicht von vermeintlich einfachen Lösungsvorschlägen populistischer Ideologien blenden zu lassen.

Wir wollen, dass die Landesregierung einen jährlichen „Demokratiebericht“ zur Lage der politischen Bildung vorlegt. Der Landtag beauftragt die Landesregierung, weitere Maßnahmen zur inhaltlichen Profilierung der Landeszentrale für politische Bildung zu ergreifen. Hierbei sollen auch neue Formate der Ansprache in der politischen Bildung und sozialraumorientierte Konzepte weiterentwickelt sowie Akteure vernetzt werden.

Hier kommt der Prävention eine zentrale Rolle zu, die eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Dazu gehören unter anderem Landespräventionsprogramme, die Fortführung von AussteigerInnen-Programmen sowie gut personell und sachlich ausgestatteten Sicherheitsbehörden. Hierbei müssen insbesondere gesellschaftlich Gruppen wie auch Vereine, die sich gegen rechte Tendenzen beziehungsweise Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft engagieren, aktiv vom Staat unterstützt werden – politisch und auch durch Fördergelder. Diese Unterstützung muss nachhaltig sein, damit dauerhafte Strukturen aufgebaut werden können.

Insbesondere im Internet ist eine unglaubliche Verrohung der Sprache erkennbar. Widerlichen, menschenverachtenden und verantwortungslosen Kommentaren muss sich die Gesellschaft der Demokratinnen und Demokraten klar entgegenstellen.

Deshalb brauchen wir unter anderem ein entschiedenes Eintreten und Maßnahmen gegen die sogenannte „Hate Speech“.

Dazu gehören:

1. Eine Opferberatungsstelle, sodass sich die Hate-Speech-Opfer an spezialisierte Anwältinnen und Anwälte wenden können. Die Opferberatungsstelle benötigt einen direkten Kontakt zu Plattformen wie Facebook und YouTube und kann so eine Löschung oder eine Sperrung von Konten im Namen der Opfer veranlassen. Auch der Kontakt zu Psychologinnen und Psychologen muss den Opfern angeboten werden, falls Konten oder andere gehackt wurden.
2. Es bedarf speziell ausgebildeter Polizistinnen und Polizisten, um die Täter im Netz aufzuspüren. Doch es mangelt an solchen Lehrgängen für Polizistinnen und Polizisten, was die Ermittlungen erschwert und in die Länge zieht.
3. Es sind zentrale Ermittlungsstellen zu Hate Speech bei den Staatsanwaltschaften einzurichten, um diese Delikte zu verfolgen, aber auch um Fälle zentral zu sammeln und somit erkennen zu können, wann es sich um systematische Attacken von rechten Gruppen handelt.
4. Es ist die Medienkompetenz der Jugendlichen und ihrer Lehrerinnen und Lehrer zu erweitern, um Gefahren von Hate Speech zu erkennen und den Umgang damit zu erlernen. Denn meist sind es Jugendliche, die mit Hate Speech konfrontiert werden. Aufklärung kann auch dazu

beitragen, dass Jugendliche Hate Speech im Internet bei der Polizei oder bei der betroffenen Plattform melden.

Hass-Kommentare und die Verrohung der politischen Kultur muss von der gesamten Gesellschaft konsequent geächtet werden. Den Feindinnen und Feinden unserer Demokratie, unseres Rechtsstaates, unserer Freiheit und unseres friedlichen und respektvollen Zusammenlebens müssen wir alle gemeinsam konsequent entgegenreten. Unsere Demokratie lebt von den vielen Menschen, die sie konsequent und entschlossen verteidigen.

F9: Urheberrechtsreform- Uploadfilter

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, Jusos Hessen-Nord

Wir fordern, dass die SPD und ihre Abgeordneten auf allen Ebenen, wie im aktuellen Koalitionsvertrag festgelegt, Upload-Filter bei Urheberrechtsverletzungen grundsätzlich ablehnen.

Dies bedeutet in der Konsequenz, dass Pläne, die zur Einführung eines Upload-Filters führen würden, ebenfalls kategorisch abgelehnt werden.

F11: Behördengänge digital erledigen

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, Jusos Hessen-Nord

Es ist höchste Zeit, eine hessenweite digitale Behörde zu schaffen. Das Land Hessen soll in Zusammenarbeit mit der ekom21 KGRZ eine Online-Plattform schaffen, die in Verbindung mit dem digitalen Personalausweis genutzt werden kann. Über diese Plattform soll es dem Bürger/der Bürgerin möglich sein, online neue Ausweisdokumente zu beantragen, ein Führungszeugnis anzufordern oder gar einen Bauantrag zu stellen oder den Wohnungsumzug zu melden. In Zusammenarbeit mit zertifizierten Zustellmethoden, wie z.B. der E-POST, sollen Rückmeldungen der jeweiligen Behörde papierlos und schnell erfolgen. Die Online-Plattform soll ein zentrales Instrument werden, auf der alle im Land Hessen ansässigen Behörden auf unterer und mittlerer Ebene zusammengeführt werden. Dabei sollen auch weiterhin direkte und persönliche Ansprechmöglichkeiten erhalten bleiben. Es soll den Bürger*innen weiterhin möglich sein, Behördengänge persönlich zu erledigen. Die Digitale Behörde in Dänemark soll hier als Referenzbeispiel dienen. Entsprechende Weiterbildungsprogramme sind vom Land Hessen zu planen und zu finanzieren. Dabei soll explizit auch auf Datensicherheit belehrt, gelehrt und hingewiesen werden.

F12: Grundrecht auf analoges Leben

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, Arbeitsgemeinschaft Selbstständige Hessen-Nord

Wir fordern ein Grundrecht auf analoges Leben. Dieses Grundrecht soll die gleichberechtigte, gleichwertige und allumfassende Teilhabe jedes Menschen am sozialen, gesellschaftlichen, politischen, ökologischen und ökonomischen Leben ohne Zwang zur Nutzung digitaler Technik und zur Anwendung digitaler Hilfsmittel garantieren.

In allen Bereichen des sozialen, gesellschaftlichen, politischen, ökologischen und ökonomischen Lebens, in denen digitale Technik und digitale Hilfsmittel verwendet werden, muss eine Möglichkeit zu einer alternativen analogen Anwendung garantiert werden. Diese analoge Alternative darf mit keinen übermäßigen Nachteilen für den analogen Anwender verbunden sein.

Eine politisch und ökonomisch erzwungene Konzentrierung auf die Anwendung digitaler Technik verursacht einen sozialen und gesellschaftlichen Wandel, der analoge Anwendungen diskriminiert, benachteiligt und in einigen Fällen sogar vernichtet. Eine solche Konzentrierung ordnet soziales und gesellschaftliches Leben dem Primat der Ökonomie unter und widerspricht dem Grundgedanken einer humanen, gleichberechtigten und solidarischen Gemeinschaft, der die SPD verpflichtet sein muss.

Das Grundrecht auf analoges Leben basiert auf dem Prinzip der Gleichstellung und dem Verbot der Diskriminierung nach dem in Artikel 1 des Grundgesetzes formulierten Satz: "Die Würde des Menschen ist unantastbar".

Unsere Forderung auf ein Grundrecht auf analoges Leben beruft sich auf die in Artikel 1 - 3 des Grundgesetzes formulierten Grundrechte:

Artikel 1 – Schutz der Menschenwürde, Menschenrechte, Grundrechtsbindung.

Artikel 2 – Freie Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit der Person

Artikel 3 – Gleichheit vor dem Gesetz."

F13: Gegen die Zentralisierung von Leitstellen

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, UB Waldeck-Frankenberg (Hessen-Nord)

Die zentralen Leitstellen sollen weiterhin als integrierte Leitstellen für den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz auf Kreisebene erhalten und betrieben werden. Anstelle der Zentralisierung von Leitstellen sollten erneut Verhandlungen zur Integration des ärztlichen Bereitschaftsdienstes in die integrierte Leitstelle geführt werden.

F14: Feststellung des Katastrophenfalls

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, UB Waldeck-Frankenberg (Hessen-Nord)

Die Feststellung des Katastrophenfalles ist auch weiterhin eine alleinige Aufgabe der Ländrätin bzw. des Landrates als untere Katastrophenschutzbehörde. Eine beabsichtigte Änderung des Hessischen Brand- und Katstrophenschutzgesetzes (HBKG) in diesem Punkt wird abgelehnt.

F15: Veröffentlichung von Wahlprognosen vor Wahlen

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, Jusos Hessen-Nord

Die Freiheit und Gleichheit der Wahl i. S. d. Art. 38 I 1 GG ist bedroht, wenn unmittelbar vor der Wahl Prognosen über deren Ausgang veröffentlicht werden. Daher fordern wir, die Veröffentlichung von Wahlprognosen nach Definition des Wissenschaftlichen Dienstes (Quelle: Ausarbeitung WD 3 – 3000 – 058/18, S.4) vor der Wahl für einen angemessenen Zeitraum, der vom wissenschaftlichen Dienst erarbeitet werden soll, zu befristen.

F18: Barrierefreie Wahllokale

Antragsteller: AG Selbst Aktiv Hessen-Süd

Die SPD Hessen fordert die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag auf, mit Nachdruck beim Landeswahlleiter sowie den Kreis- und Gemeindevahlleiter darauf hinzuwirken, dass alle Wahllokale in Hessen zukünftig grundsätzlich barrierefrei zugänglich sind. Ggf. muss darauf hingewirkt werden, eine gesetzliche Verpflichtung zu formulieren und durch den Landtag beschließen zu lassen.

F19: Kommunales Entscheidungsrecht beim privaten Feuerwerk

Antragsteller: Jusos Hessen

Die SPD Hessen setzt sich für gesetzliche Regelungen ein, nach denen Kommunen über die Zulässigkeit privater Feuerwerke entscheiden können. Den Kommunen soll es weiterhin freigestellt werden, städtische Feuerwerke zu veranstalten.

F21: Werbethemen von Facebook demokratisieren

Antragsteller: Jusos Hessen-Nord

Wir fordern die SPD-Fraktion im Europäischen Parlament auf, Facebook aufzufordern, Werbung zu verbieten, die demokratiefeindliche Inhalte transportiert und damit geeignet ist, junge Menschen zu radikalisieren.

F23: Die SPD Hessen hält eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs für dringend erforderlich

Antragsteller: UB Hersfeld-Rotenburg (Hessen-Nord)

Die SPD Hessen hält eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs für dringend erforderlich.

1. Diese Reform muss insbesondere die Bedarfe der Kommunen tatsächlich gerecht werden. Hierzu gehört insbesondere die Berücksichtigung der Erfordernisse des Ländlichen Raumes.
2. Zudem muss die sogenannte Einwohnerschaftsveredelung zwingend überprüft werden, führt diese doch zu absurden Ergebnissen bei Unterschreiten oder Überspringen von Schwellenwerten.
3. Schließlich sind die Siedlungsstrukturen, die sich eigentlich in den Bedarfen niederschlagen müssten, zwingend zu berücksichtigen.
4. Darüber hinaus muss das Land Hessen die den Kommunen abgepressten, erstmals mit 344 Millionen Euro (2011) angegebenen, tatsächlich aber fast 380 Millionen Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) und dann folgend steigenden nunmehr mindestens 3,6 Mrd. Euro insgesamt zurückgeben.
5. Schließlich darf das Land Hessen die Unterfinanzierung der Kommunalen Haushalte mit zu geringen Investitionsausgaben von gut 1 Milliarde Euro jährlich nicht länger ignorieren. Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für die Einführung einer einheitlichen Betriebsratspflicht ein, indem die Umsetzung der bereits bestehenden Regelung aktiv überprüft wird.

F24: Gesetzliche Verankerung der Netzneutralität

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, Jusos Hessen-Nord

Die Netzneutralität soll ohne derzeit, durch EU-Recht mögliche, bestehende Ausnahmen und nach Vorbild der BEREC-Leitlinien gesetzlich verankert werden. Hierzu ist die EU-Verordnung 2015/2120 über Maßnahmen zum Zugang zum offenen Internet anzupassen.

Die Bundestagsfraktion der SPD sowie die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament werden dazu aufgefordert, hierzu einen Gesetzesvorschlag zu erarbeiten und in den Bundestag bzw.

das Europäische Parlament einzubringen. Ziel muss sein, neben einer Verankerung im EU-Recht, die Netzneutralität auch im deutschen Telekommunikationsgesetz zu verankern.

F26: Mitarbeiter für Sicherheitsdienstleistungen am Frankfurter Flughafen in die öffentliche Hand!

Antragsteller: UB Frankfurt (Hessen-Süd)

Empfänger: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landesvorstand, SPD-Bundesvorstand

Die SPD Landesfraktion wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass alle MitarbeiterInnen bei Sicherheitsdienstleistungen am Flughafen Frankfurt in eine zu gründende Landesgesellschaft (nach dem Vorbild des Luftamtes Südbayern) übernommen werden. Die bisherige Situation mit mehreren privatwirtschaftlichen Sicherheitsdienstleistern und wiederkehrenden Ausschreibungen und der damit verbundenen Unsicherheit muss beendet werden.

Zudem wird die SPD Bundestagsfraktion und der SPD Bundesvorstand aufgefordert, eine bundesweite Initiative zu starten, dass in allen Bundesländern staatliche Gesellschaften (nach dem Vorbild des Luftamtes Südbayern) gegründet werden und die Bundespolizei sich hinsichtlich der zu leistenden Aufgaben, der Weiterentwicklung von Standards und der Harmonisierung mit den dann in Betrieb befindlichen Landesgesellschaften koordiniert.

F27: Längeres Bleiberecht für Opfer Rechtsradikaler

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, UB Kassel-Stadt (Hessen-Nord)

Das Innenministerium des Bundeslands Brandenburg sieht einen Erlass vor, der effektiv rassistisch motivierte Straftaten eindämmen kann: Ein längeres Bleiberecht für Flüchtlinge, die Opfer rechter Gewalt wurden. Dieses soll zumindest für die Dauer der Ermittlungs- und Strafverfahren gelten.

Wir fordern daher, dieses Konzept auch in Hessen zu übernehmen, um Straftaten erfolgreich einzuschränken und Opfern rechter Gewalt Schutz und Sicherheit zu bieten.

Antragsbereich G: Europa

G2: Ausweitung einer DiscoverEU-Initiative

Antragsteller: UB Wiesbaden (Hessen-Süd)

Empfänger: SPD-Bundesparteitag, SPD-Fraktion im Bundestag, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

Die SPD Hessen fordert den Bundesparteitag der SPD auf zu beschließen, sich dafür einzusetzen, die DiscoverEU-Initiative auf alle 18-Jährigen EU-Bürger auszuweiten.

Antragsbereich I: Kommunal- und Regionalpolitik

I4: Ländlichen Raum nicht drastisch benachteiligen

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, UB Hersfeld-Rotenburg (Hessen-Nord)

Der SPD-Landesparteitag hält die Benachteiligung des Ländlichen Raumes durch CDUgeführte Landesregierungen für systematisch. Der SPD-Landesparteitag hält an dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land fest.

I5: Kommunalaufsicht auf Landkreisebene in einer Hand!

Antragsteller: UB Hersfeld-Rotenburg (Hessen-Nord)

Die SPD Hessen fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, sich nachdrücklich für eine Kommunalaufsicht aus einer Hand einzusetzen.

Der SPD Hessen lehnt die von CDU und Grünen beabsichtigte Herauslösung der Finanzaufsicht aus der Kommunalaufsicht der Landkreise über die kreisangehörigen Kommunen ab.

Der SPD Hessen fordert die CDU auf, ihr Versprechen, die Schutzschirmkommunen nicht dauerhaft unter der Finanzaufsicht der Regierungspräsidien zu stellen, einzulösen.

I6: Gesetzliche Grundlage für Behindertenbeiräte schaffen

Antragsteller: AG Selbst Aktiv Hessen-Süd

Zur Stärkung der Inklusionsidee und der Arbeit für Diversität soll die SPD in der nächsten Legislaturperiode des Hessischen Landtages die gesetzliche Grundlage für kommunale Behindertenbeiräte – Äquivalent der Installierung der Ausländerbeiräte – schaffen. Dazu gehört auch die Entscheidung und Festlegung, wie die Wahlberechtigung - aktiv und passiv - festgestellt und durchgesetzt werden kann.

Mitglieder der AG Selbst-Aktiv sollen beratend für die Gesetzesentwicklung hinzugezogen werden.

Antragsbereich J: Finanzen und Steuern

J1: Europäische Datensteuer einführen

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, Jusos Hessen-Nord, UB Kassel-Stadt (Hessen-Nord)

Wir fordern die Erarbeitung und Implementierung eines europäischen Besteuerungskonzepts auf das Verarbeiten von personenbezogenen Daten zu kommerziellen Zwecken.

J3: Anpassung des Umsatzsteuerfreibetrags für Kleinunternehmen

Antragsteller: UB Wiesbaden (Hessen-Süd)

Empfänger: SPD-Bundesparteitag

1. Die SPD spricht sich für eine umgehende Anpassung der Freigrenze für KleinunternehmerInnen des §19 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes aus.
2. Die Bundestagsfraktion wird beauftragt, die 2016 zuletzt im Rahmen des 2. Bürokratieentlastungsgesetzes angedachte Reform erneut aufzugreifen und zeitnah einen Gesetzesentwurf zur Anpassung der oben genannten Freigrenze einzubringen und diesen durchzusetzen.
3. Der neu anzusetzende Freibetrag für die Umsatzsteuerpflicht aus dem abgelaufenen Kalenderjahr soll nicht unter 25.000 Euro veranschlagt werden. Der Grenzbetrag für eine Heranziehung aus dem jeweils laufenden Kalenderjahr soll entsprechend angepasst werden.

J4: Keine Minderung der Unternehmenssteuern durch überhöhte Managergehälter

Antragsteller: UB Wiesbaden (Hessen-Süd)

Der Bundesparteivorstand wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzubereiten, der zum Ziel hat, dass überhöhte Ausgaben für Managerentgelte nicht wie normale Personalkosten den steuerlichen Gewinn des Unternehmens kürzen und damit die Unternehmenssteuern um ca.37 % der Vergütungen verringern. Dieser Gesetzentwurf ist im Vorfeld der nächsten Bundestagswahl offensiv in die der Öffentlichkeit zu vertreten.

Antragsbereich K: Umwelt und Verbraucherschutz

K11: Maximal 130 auf deutschen Straßen

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, Jusos Hessen-Nord

Aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Klimaschutzes fordern wir eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung in Höhe von 130 km/h auf allen Straßen in Deutschland, auf denen bisher nur eine Richtgeschwindigkeit von 130 km/h gilt.

K13: Keine (Wild)tiere im Zirkus!

Antragsteller: UB Kassel-Stadt (Hessen-Nord)

Wir fordern ein allgemeines Verbot von Wildtieren in Zirkussen in Deutschland. Solange dies noch nicht erreicht ist sind Kommunen aufgefordert, keine Auftritte von Wildtierzirkussen zulassen.

K15: Klare Regeln für Fair-Trade-Siegel

Antragsteller: Jusos Hessen-Süd

Es soll einheitliche EU-Richtlinien für die Vergabe von Fair-Trade-Siegeln geben.

K20: Containern straflos stellen

Antragsteller: UB Wiesbaden (Hessen-Süd)

Empfänger: SPD-Bundesparteitag, SPD-Fraktion im Bundestag

Die SPD Hessen fordert die SPD-Bundestagsfraktion sowie die Bundesjustizministerin auf, einen Gesetzesentwurf für einen Artikel 297a Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch (EGStGB) für ein Gesetzgebungsverfahren des Bundes einzureichen, in dem bestimmt wird, dass der Diebstahl (§§ 242 ff. StGB) von Lebensmitteln, die das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten haben, somit nicht mehr verkauft werden und die von den Händlern endgültig entsorgt werden (sog. Containern), nicht rechtswidrig (und somit straffrei) ist, soweit die Tat nicht gleichzeitig ein Hausfriedensbruch (§§ 123 f. StGB) oder ein besonders schwerer Fall des Diebstahls oder dessen Qualifikation (§§ 243 ff. StGB) ist sowie die entwendeten Lebensmittel für gemeinnützige Zwecke (z.B. Tafeln etc.) gespendet werden sollen.

K21: Virtuelles Wasser von Produkten kennzeichnen und Problembewusstsein schaffen

Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord, Jusos Hessen-Nord

Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion und die S&D Fraktion im Europäischen Parlament auf, sich für die Kennzeichnung von virtuellem Wasser sowohl in Nahrungsmitteln als auch anderen Konsumgütern einzusetzen. Virtuelles Wasser ist Wasser, das während der gesamten Produktionskette des Produktes anfällt und so nicht transparent für den/die Verbraucher*in ist. Zusätzlich soll diese Kennzeichnung von einer Aufklärungskampagne begleitet werden, die Knappheit von Wasser in bestimmten Teilen der Erde und deren Konsequenzen für die Natur und die Bewohner*innen der Regionen problematisiert und so ein Bewusstsein für dieses Thema schafft.

K22: Ausreichender Lärmschutz für Bestandsstrecken

Antragsteller: OV Schauenburg (Hessen-Nord)

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert bundesweit gleiche gesetzliche Rahmenbedingungen beim Lärmschutz zu schaffen, so wie im aktuellen Koalitionsvertrag bereits angedeutet (s.u.). Dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich:

1. Gesetzlicher Anspruch auf Lärmschutz bei Infrastrukturmaßnahmen, die vor 1978 gebaut wurden
2. Bundesweit gesetzlicher Anspruch auf die besseren ImmissionsSchutzwerte der Lärmvorsorge
3. Bereitstellung jährlicher finanzieller Mittel im Bundesfinanzhaushalt zur Umsetzung der Lärmschutzmaßnahmen.

Antragsbereich L: Gesundheit, Pflege und Inklusion

L1: Etablierung des Medikationsmanagements

Antragsteller:

Zusätzlich zum Recht auf einen Medikationsplan ab drei verordneten Dauermedikamenten sollen Patient*innen auch das Recht erhalten, dass ein regelmäßiges Medikationsmanagement durch eine Apotheke ihrer Wahl durchgeführt wird, was entsprechend durch die Krankenversicherung vergütet werden soll. Die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte soll durch die SPD vorangetrieben werden, um eine einfache Einsicht und Aktualisierung des Medikationsplans möglich zu machen. Ein Medikationsmanagement soll auch in Krankenhäusern durch Stationsapotheker*innen erfolgen.

L3: Versand mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen Hessen-Süd

Der Versand von verschreibungspflichtigen (Kurz: Rx-) Arzneimitteln soll deutschlandweit verboten werden. Des Weiteren soll eine weitere Kategorie „Apothekerpflichtige Arzneimittel“ in die Arzneimittelverschreibungsverordnung aufgenommen werden. Diese sollen ohne Rezept erhältlich sein, bedürfen vor der Abgabe jedoch eines intensiven Beratungsgesprächs durch eine*n approbierte*n Apotheker*in und sind folglich ebenfalls vom Versandhandel auszunehmen.

L4: Ausweitung der Übergangsfristen vom Berufsbild Rettungsassistent/in zur/zum Notfallsanitäter/in

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen Hessen-Süd

Am 01.01.2014 trat das Notfallsanitäter Gesetz (NotSanG) in Kraft und löste das vom 10. Juli 1989 geltende Rettungsassistentengesetz ab. Damit verbunden die Novellierung der höchsten nichtärztlichen Berufsausbildung im Rettungsdienst von der/dem Rettungsassistent/in (RettAss) zur/zum neuen Notfallsanitäter/in (NotSan). 40.000 Rettungsassistenten und Rettungsassistentinnen im Bundesgebiet 1.600 im Land Hessen (Zahlen <https://soziales.hessen.de/gesundheit/gesundheitsversorgung/rettungsdienst>) mussten/müssen vom RettAss zum NotSan weitergebildet werden. Leider kommt es hier jedoch zu Komplikationen und Verzögerungen! Durch massiven Anstieg der Einsatzzahlen in den letzten Jahren und der stark zunehmenden Fachkräftemangel im Rettungsdienst, sind die Dienstgeber nicht in der Lage die Anzahl der Mitarbeiter/innen die notwendig wäre um die Frist einhalten zu können an die Rettungsdienst Schulen in Hessen zu entsenden, da sonst noch mehr Rettungsmittel nicht besetzt werden könnten und die flächendeckende Notfallversorgung in Hessen massiv gefährdet wäre/ ist. Wie aus den Sozialen Medien, Radio oder Fernsehen (Hessischen Rundfunk) schon jetzt zu entnehmen ist schafft der Rettungsdienst in Hessen es bereits jetzt nicht mehr alle Rettungswagen zu besetzen.

Das Gesetz sah ursprünglich vor das alle Rettungsassistent/en/innen ab dem 01.01.2014 bis zum 31.12.2021 zum/zur Notfallsanitäter/in ausgebildet sind und alle Rettungswagen ab dem 01.01.2022 nur noch mit dem Notfallsanitäter als Hauptverantwortlichen auf dem Rettungswagen besetzt werden. Da jedoch schon jetzt absehbar ist, dass in Hessen sowie im Bundesgebiet nicht genügend Notfallsanitäter/innen bis zum genannten Stichtag zur Verfügung steht, hat das Land Hessen die Frist der Beschäftigung von Rettungsassistent/en/innen auf den 31.12.2024 ausgeweitet. Jedoch ist die Übergangsfrist der Weiterqualifikation seitens des Landes nicht geändert worden. Womit Rettungsassistent/en/innen ab dem 01.01.2025 nicht mehr adäquat im Rettungsdienst beschäftigt werden können und gutes, erfahrenes und dringend benötigtes Fachpersonal verloren geht.

Ein weiteres Problem der Weiterqualifizierung von RettAss zum NotSan ist der Lehrkräftemangel an den Rettungsdienst Schulen in Hessen. Mit in Kraft treten des NotSanG müssen Lehrkräfte ein abgeschlossenes Bachelor Studium zum Gesundheitspädagogen/in oder gleichwertigen Abschluss vorweisen können. Im Geltungsbereich des RettAssG waren hier Lehrrettungsassistenten/innen und Dozenten/innen Im Rettungsdienst ohne Hochschulstudium ausreichend.

Wir die ASG Hessen- Süd sehen hier dringenden Handlungsbedarf und empfehlen dem Landesparteitag dieses zur dringenden Thematisierung und Änderung in die politischen Gremien im Land sowie Bund mit zunehmen um hier schnellstmöglich eine sinnvolle Lösung herbeizuführen.

L5: Für eine neue Gesundheitspolitik in Hessen

Antragsteller: AfA Hessen-Süd, OV Frankfurt-Nordweststadt-Süd (Hessen-Süd)

Finanzierung der 12.000 benötigten Stellen an den Krankenhäusern und Kliniken durch den Hessischen Landtag!

Übernahme der Investitionskosten für die öffentlichen Krankenhäuser und Kliniken durch das Land!

Rückführung der privatisierten und verkauften Kliniken der Vollversorgung in die öffentliche Hand.

Der SPD-Landesparteitag möge die SPD-Landtagsfraktion auffordern, gemeinsam mit der Hessischen SPD eine politische Kampagne für eine Regierungspolitik im Gesundheitsbereich in Hessen zu führen, in der die politische Entscheidung für ein Sofortprogramm zur Finanzierung der 12.000 benötigten Stellen an den Krankenhäusern und Kliniken durch das Land Hessen übernommen wird, um die Beschäftigten in den Krankenhäusern zu entlasten und den Beruf wieder attraktiv zu gestalten!

Wir fordern die Hessischen Landtagsabgeordneten auf, dass

- das Land Hessen die benötigten zusätzlichen Stellen in den Kliniken und Krankenhäusern aus dem Landeshaushalt finanziert.
- das Land Hessen zu seiner Verantwortung im ursprünglichen Krankenhausgesetz zurückzukehren, und für die Finanzierung der Investitionsmittel für die Krankenhäuser und Kliniken aus dem Landeshaushalt aufzukommen. Die Weigerung der derzeitigen hessischen Landesregierung, die Finanzierung von Renovierung, Sanierung und Ausbau der öffentlichen Krankenhäuser zu übernehmen, belastet deren Haushalte. Das führt dazu, dass am Personal gespart wird. Es besteht in Hessen weiterhin eine Investitionslücke von 200 Mio. Euro pro Jahr (ver.di Hessen). Wenn das Land seine Verantwortung wahrnimmt, könnte der weitere Verkauf von städtischen Krankenhäusern verhindert werden.
- das Land Hessen gemeinsam mit den Kommunen ein Aktionsprogramm entwickelt, privatisierte und verkaufte Krankenhäuser und Kliniken in die öffentliche Hand zurückzuziehen.

Der Parteitag ist sich einig, dass die Hessische SPD entsprechend politisch initiativ und aktiv wird und es zu einem Schwerpunkt ihrer politischen Agenda macht, die flächendeckende, qualitativ hochwertige Maximal-Versorgung durch die Kliniken und Krankenhäuser in Hessen – auch gegen „Wettbewerbsgebot“ und Schuldenbremse – wieder zu gewährleisten und durch die Verbesserung der Personalausstattung dem Mangel an examinierten Krankenschwestern und -pflegern Abhilfe zu schaffen.

Das Prinzip der Solidarität muss wieder zum politischen Leitprinzip gemacht werden. Es ist ein Umdenken und ein Handeln erforderlich, dass wieder die Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht die Profite, dazu zählen zuallererst die Patient*innen und Beschäftigten, hier diejenigen im Krankenhaus.

L8: Begleitperson bei Klinikaufenthalten

Antragsteller: AG Selbst Aktiv Hessen-Süd

Jeder Mensch mit körperlicher, geistiger oder schwer-mehrfach Behinderung muss bei einer Aufnahme in ein Krankenhaus das Recht haben auf eine Begleitperson. Die SPD soll auf die Krankenversicherungen einwirken, dies umzusetzen.

L11: Förderung der beruflichen Inklusion durch Barrierefreiheit an Berufsschulen, in der Stadt und im ÖPNV

Antragsteller: UB Wiesbaden (Hessen-Süd)

Der Parteitag beschließt, dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien auf eine intensive Förderung der beruflichen Inklusion durch Barrierefreiheit an Berufsschulen, in der Stadt und im ÖPNV. Dies beinhaltet u.a. eine ausreichende Anzahl an Aufzügen in Berufsschulen und Bahnhöfen, akustische Signale an Ampeln und ebenerdige Ein- und Ausstiege bei Bussen und Bahnen.

Antragsbereich M: Internationales

M1: Konsequente Unterbindung von Rüstungsexporten an unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligte Staaten

Antragsteller: UB Kassel-Stadt (Hessen-Nord)

Wir fordern die Ausweitung und die konsequente Einhaltung des im Koalitionsvertrags vereinbarten Stopps von Rüstungsexporten an die unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligten Staaten. Der Stopp dieser Rüstungsexporte muss konsequent und ohne Ausnahmen erfolgen. Gleichmaßen müssen die entsprechenden Unternehmen dazu verpflichtet werden, dass sie nur mit Staaten verhandeln, bei denen eine künftige Beteiligung am Jemen-Krieg ausgeschlossen werden kann.

Der Stopp von Rüstungsexporten an Saudi-Arabien soll aufrechterhalten werden bis nachhaltige Verbesserungen für die jemenitische Zivilbevölkerung vorgewiesen werden können.

M5: Vollständiges Wiederinkrafttreten des INF-Abrüstungsvertrages

Antragsteller: UB Hochtaunus (Hessen-Süd)

Die SPD Hessen fordert den SPD-Bundesvorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und die Fraktion der Progressiven Allianz der Europäischen Sozialdemokraten (S & D) dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass Deutschland und die Europäische Union auf das vollständige Wiederinkrafttreten des INF-Abrüstungsvertrages hinwirken, die Neustationierung von Mittelstreckenraketen in Europa verhindert und keine Politik neuer Aufrüstung auf dem europäischen Kontinent unterstützt wird.

M6: Die SPD für eine neue Entwicklungspolitik – Wir stärken sozialdemokratische Bündnispartner für eine echte Social Green Economy!

Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd

Ziele

1. Die SPD setzt das Erbe Willy Brandts der internationalen Solidarität fort. Sie versteht sich als globale Bewegung und trägt durch eine weltweite Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Kräften zu einer Lösung des Nord-Süd-Konflikts bei.
2. Eine neu-ausgerichtete Entwicklungszusammenarbeit und Internationalismus werden wieder zu einer wesentlichen Säule sozialdemokratischer Politik erklärt. Dabei zielt die Zusammenarbeit nicht auf die vermeintliche „Entwicklung anderer Staaten nach westlichem Muster“ ab, sondern auf eine gleichberechtigte, klimagerechte und nachhaltige Weltordnung im Sinne einer Social Green Economy.
3. Soziale Gerechtigkeit wird international gedacht. Die ökologische Transformation darf nicht auf dem Rücken der sozial Schwächeren (national und global) ausgetragen werden.

Maßnahmen

Für eine neue Ausrichtung der Entwicklungspolitik und die echte Stärkung von NordSüd-Partnerschaften ergreift die SPD folgende Maßnahmen:

Solidarität international leben: Aufbau von strategischen Partnerschaften mit sozialdemokratischen Bündnispartnern v.a. aus dem Globalen Süden zur Erarbeitung einer gemeinsamen Agenda im Bereich Frieden, Armutsbekämpfung, Arbeit, Soziales, Umwelt und Migration

„Nord-Südpolitik“ endlich zur „Ostpolitik des 21. Jahrhunderts“ erklären!

Die „Progressive Alliance“ wird wesentliche Vernetzungsplattform und wird in der Außendarstellung der SPD verstärkt verbreitet

Die SPD wird Sprachrohr für ausländische sozialdemokratische Parteien und profitiert ebenfalls von einer verstärkten Außenwirkung im Ausland

Arbeit und Beschäftigung bleibt zentrales Thema und wird im Sinne einer Social Green Economy-Agenda bearbeitet
Ernennung eines Beauftragten für Südpartnerschaften/ Internationale Beziehungen
Vorbereitung einer internationalen Nord-Süd-Konferenz unter dem Dach der „Progressive Alliance“ und Erarbeitung eines gemeinsamen Kommuniqués

Antragsbereich N: Partei

N4: Anteil von Mitbürgern mit Migrationshintergrund/PoC (People of Color) in der Außendarstellung der SPD

Antragsteller: AG Migration und Vielfalt Hessen-Nord

Die SPD soll, über alle Ebenen, Institutionen und Verbände hinweg, dazu angehalten werden, in ihrer Außendarstellung (z.B. Themen-/Wahlplakate, Webseiten, Informationsbroschüren) Mitbürger mit Migrationshintergrund/PoC (People of Color) gemäß ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung zu berücksichtigen.

N6: Beschäftigung behinderter Menschen in der SPD

Antragsteller: AG Selbst Aktiv Hessen-Süd

Der Landesverband und alle Gliederungen wirken darauf hin, dass

- die gesetzliche Mindestpflichtquote zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen eingehalten wird, und
- das eine Inklusionsvereinbarung zu treffen ist.

N8: Erstellung von Parteiprogrammen und Strategiepapieren

Antragsteller: AG Selbst Aktiv Hessen-Süd

Die hessische SPD wird bei der Erarbeitung von Parteiprogrammen und Strategiepapieren die Belange von Menschen mit Behinderung ausreichend berücksichtigen. Hierzu wird ein*e Vertreter*in der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv / Menschen mit Behinderung in die entsprechenden Arbeitsgruppen berufen.

2. Überwiesene und erledigte Anträge

Antragsbereich B: Bildung

B4: Erledigt durch B3
B6: Erledigt durch B5
B7: Erledigt durch B5
B8: Erledigt durch B5
B9: Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion
B11: Überweisung an die AfB Hessen
B18: Überweisung an SPD-Landtagsfraktion und Haus der Bildung
B19: Überweisung an Haus der Bildung
B21: Überweisung an Haus der Bildung
B22: Überweisung an Haus der Bildung
B23: Überweisung an Haus der Bildung
B24: Überweisung an Haus der Bildung
B26: Überweisung an SPD-Landtagsfraktion
B31: Erledigt durch B30

Antragsbereich C: Arbeit, Wirtschaft und Energie

C2: erledigt durch C1
C3: Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion
C5: Überweisung an die SPD- Bundes- und Landtagsfraktion
C6: Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion
C9: Überweisung an Gewerkschaftsrat
C10: Überweisung an Gewerkschaftsrat
C17: Erledigt durch C16

Antragsbereich D: Mobilität, Infrastruktur und Wohnen

D2: Erledigt durch D1
D3: Erledigt durch D1
D4: Erledigt durch D1
D5: Überweisung an SPD-Landtagsfraktion
D6: Erledigt durch D5
D10: Weiterleitung an SPD-Landtagsfraktion
D11: Erledigt durch Klimapaket
D13: erledigt durch D12
D14: Erledigt durch D12
D16: Erledigt durch D15
D17: Erledigt durch D15
D18: Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
D21: Überweisung an SPD-Landtagsfraktion
D24: Erledigt durch D23

Antragsbereich E: Familie, Gleichstellung und Soziales

E2: Erledigt durch E1

E10: erledigt durch E9

E11: Erledigt durch E9

Antragsbereich F: Innenpolitik, Recht und Digitales

F2: Erledigt durch F1

F3: Erledigt durch F1

F4: Erledigt durch F1

F5: Erledigt durch F1

F6: Überweisung an SPD-Landtagsfraktion

F7: Überweisung an SPD-Landtagsfraktion

F10: Erledigt durch F9

F16: Erledigt durch F15

F20: Erledigt durch Regierungsprogramm

3. Wahlergebnisse

A. Wahl der Landesvorsitzenden

Gewählt wurde Nancy Faeser

Abgegebene Stimmen: 324
Davon ungültig: 3
Gültige Stimmen: 321

Ja: 285 (88,79%)

Nein: 26 (8,10%)

Enthaltung: 10 (3,12%)

B. Wahl der stellv. Landesvorsitzenden

Gewählt wurde Kirsten Fründt

Abgegebene Stimmen: 301
Davon ungültig: 1
Gültige Stimmen: 300

Ja: 283 (94,33%)

Nein: 7 (2,33%)

Enthaltung: 10 (3,33%)

Gewählt wurde Timon Gremmels

Abgegebene Stimmen: 301
Davon ungültig: 1
Gültige Stimmen: 300

Ja: 222 (74,00%)

Nein: 55 (18,33%)

Enthaltung: 23 (7,67%)

Gewählt wurde Kaweh Mansoori

Abgegebene Stimmen: 300
Davon ungültig: 1
Gültige Stimmen: 299

Ja: 263 (87,96%)

Nein: 24 (8,03%)

Enthaltung: 12 (4,01%)

C. Wahl des Generalsekretärs

Gewählt wurde Christoph Degen

Abgegebene Stimmen: 312
Davon ungültig: 1
Gültige Stimmen: 311

Ja: 201 (64,63%)

Nein: 81 (26,05%)

Enthaltung: 29 (9,32%)

D. Wahl der Schatzmeisterin

Gewählt wurde Katrin Hechler

Abgegebene Stimmen: 292
Davon ungültig: 0
Gültige Stimmen: 292

Ja: 246 (84,25%)

Nein: 31 (10,62%)

Enthaltung: 15 (5,14%)

E. Wahl der drei Revisor/innen

Gewählt wurden Hildegard Klär, Heinrich Haupt und Gabriele Winter.

Der Parteitag wählt nach §3 Satz 2 Ziffer f) der Wahlordnung der SPD die Revisor/innen in offener Abstimmung. Alle werden einstimmig gewählt.

F. Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer:

Abgegebene Stimmen: 312
Davon ungültig: 5
Gültige Stimmen: 307

<u>Nachname</u>	<u>Vorname</u>	<u>Stimmen</u>	<u>Gewählt</u>
Becker	Winfried	157	X
Boukayeo	Sanaa	184	X
Bullmann	Dr. Udo	165	X
Eck	Dr. Patricia	144	X
Eckert	Tobias	148	X
Geier	Catrin	111	
Gnadl	Lisa	159	X
Grumbach	Gernot	146	X
Kalveram	Esther	181	X
Krug	Patrick	145	X
Minkley	Stefanie	156	X
Müller	Bettina	164	X
Sarikaya	Serpil	108	
Schüler	Simon	138	
Selbert	Susanne	250	X
Spies	Dr. Thomas	211	X
Warnecke	Torsten	205	X
Weiß	Marius	114	